

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ I. Halbjahr 2008

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2008	1
1.2	Das Verbraucherinsolvenzverfahren und die private Überschuldung	3
1.3	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	6
1.4	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	10
1.5	Insolvenzen im Finanz- und Konjunkturmilieu	12
1.6	Creditreform Bonitätsatlas	20
1.7	Große Firmeninsolvenzen	23
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	26
2.1	Gründungsbilanz	26
2.2	Parameter der Unternehmensfluktuation	31
2.2.1	Das branchenspezifische Gründungsklima	31
2.2.2	Beschäftigungsbeitrag von Neugründungen	35
2.2.3	Auswirkungen der Bankenkrise auf die Finanzierungsbedingungen junger Unternehmen	37
2.2.4	Exkurs: Frauen als Unternehmensgründer	39
2.3	Neueintragungen nach Bundesländern	41
3	Zusammenfassung	45
4	Anhang: Branchenspezifisches Gründungsklima	49

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzzahlen in Deutschland
im ersten Halbjahr 2008

Die Zahl der Insolvenzen beläuft sich für das erste Halbjahr 2008 auf insgesamt 76.700 Fälle. Das entspricht einem Rückgang von 7,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (82.910). Die Unternehmensinsolvenzen verzeichnen – wie auch schon 2007, allerdings mit leicht abgeschwächter Tendenz – einen Rückgang. Insgesamt meldeten in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres 14.400 Betriebe Insolvenz an. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 780 mehr. Das entspricht einer Abnahme um 5,1 Prozent. Der Rückgang innerhalb der Periode 1. Halbjahr 2006/2007 betrug noch 7,9 Prozent.

***Erster Rückgang der
Gesamtinsolvenzen seit
zehn Jahren***

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005	136.570	+ 15,5%	36.850	- 6,2%	68.900	+ 40,3%	30.820	+ 3,1%
2006	161.320	+ 18,1%	34.040	- 7,6%	96.500	+ 40,1%	30.780	- 0,1%
2007 Hj.	82.910	+ 9,0%	15.180	- 7,9%	52.120	+ 19,4%	15.610	- 2,1%
2007	164.750	+ 2,1%	29.150	- 14,4%	105.300	+ 9,1%	30.300	- 1,6%
2008 Hj. *)	76.700	- 7,5%	14.400	- 5,1%	48.350	- 7,2%	13.950	- 10,6%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Erstmals seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahre 1999 fällt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen. 48.350 Personen suchten im ersten Halbjahr 2008 die Insolvenzgerichte auf, um sich ihrer Schulden zu entledigen. Im ersten Halbjahr 2007 waren es 52.120, was einem Rückgang von 7,2 Prozent entspricht.

Der Trend bei den sonstigen Insolvenzen, die sich zusammensetzen aus den Insolvenzen der ehemals

selbstständig Tätigen, den natürlichen Personen als Gesellschafter und den Nachlässen, hält an und verstärkte sich sogar im Laufe der ersten sechs Monate: Im ersten Halbjahr 2008 gingen die Konkurse um 10,6 Prozent zurück und stellten insgesamt 13.950 Fälle. Im ersten Halbjahr 2007 wurden 15.610 sonstige Insolvenzen gezählt.

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006	122.480	+ 18,2%	26.890	- 4,0%	72.290	+ 34,3%	23.300	+ 6,8%
2007 Hj.	62.030	+ 8,1%	11.660	- 8,0%	38.080	+ 13,9%	12.290	+ 9,1%
2007	125.100	+ 2,1%	23.250	- 13,5%	77.010	+ 6,5%	24.840	+ 6,6%
2008 Hj. *)	58.750	- 5,3%	11.350	- 2,7%	36.400	- 4,4%	11.000	- 10,5%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

In Westdeutschland nahmen die Unternehmensinsolvenzen nicht so stark ab wie in Ostdeutschland. Während sich hier die Konkurse von Betrieben um 2,7 Prozent auf 11.350 Fälle reduzierten (Vorjahr: 11.660), gingen die Insolvenzen dort um 13,4 Prozent auf 3.050 betroffene Unternehmen (Vorjahr: 3.520) zurück.

Rückgang der Insolvenzen im Osten ausgeprägter

Auch bei den Rückgängen der Verbraucherinsolvenzen zeigen die neuen Bundesländer einen deutlich stärkeren Trend zur Abnahme als die alten: So sanken die Insolvenzen von Privatpersonen im Osten um 14,9 Prozent auf 11.950 Fälle (1. Halbjahr 2007: 14.040), während im Westen nur ein leichter Rückgang um 4,4 Prozent auf 36.400 (1. Halbjahr 2007: 38.080) Fälle zu konstatieren ist.

Insgesamt sind in Westdeutschland 58.750 Insolvenzen zu zählen, was einem Rückgang von 5,3 Prozent

entspricht – im gleichen Zeitraum des Vorjahres traten noch 62.030 Privatpersonen und Unternehmen den Gang vor das Insolvenzgericht an. In Ostdeutschland summieren sich die Konkurse im ersten Halbjahr 2008 auf 17.950 Fälle. Das entspricht einem Rückgang um 14,0 Prozent (Vorjahr: 20.880).

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006	38.840	+ 17,9%	7.150	- 19,0%	24.210	+ 60,4%	7.480	- 17,0%
2007 Hj.	20.880	+ 11,7%	3.520	- 6,6%	14.040	+ 37,2%	3.320	- 29,2%
2007	39.650	+ 2,1%	5.900	- 17,5%	28.290	+ 16,9%	5.460	- 27,0%
2008 Hj. *)	17.950	- 14,0%	3.050	- 13,4%	11.950	- 14,9%	2.950	- 11,1%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Auch Nordrhein-Westfalen verzeichnet eine Abnahme der Insolvenzen: Wurden im ersten Halbjahr 2007 noch 18.250 Heimgänge gezählt, so sind es aktuell nur noch 17.040, was einem Rückgang um 6,6 Prozent entspricht. Die Unternehmensinsolvenzen reduzierten sich auf 4.990 Fälle (Vorjahr: 5.050), und die Verbraucherkonkurse sanken auf 11.300 Fälle ab (Vorjahr: 12.540).

1.2 Das Verbraucherinsolvenzverfahren und die private Überschuldung

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ist erstmalig seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahre 1999 rückläufig. 48.350 Insolvenzen von Privatpersonen waren in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres gezählt worden. Das entspricht einem Rückgang um 7,2 Prozent. Im Gesamtjahr 2007 meldeten 105.300 Verbraucher den Gerichten ihr wirtschaftliches Ende

und strebten die Restschuldbefreiung an. Das entsprach einer Steigerung von 9,1 Prozent im Vergleich zum Jahr 2006, jedoch zeichnete sich schon in den letzten Monaten des vergangenen Jahres eine Stagnation bzw. ein leichter Rückgang des Insolvenzaufkommens ab.

Fraglich ist, woran das liegt. Hat sich die Überschuldungssituation in Deutschland – etwa aufgrund der rückläufigen Arbeitslosenzahlen, wie Destatis es vermutet – stabilisiert? Dies erscheint eher unwahrscheinlich angesichts von über 7 Millionen Überschuldeten in Deutschland. Oder raten die Rechtsanwälte und Schuldnerberater ihren Klienten, die bevorstehende erneute Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens abzuwarten?

Der Bundestag befasste sich zuletzt Mitte Februar in 1. Lesung mit dem von Justizministerin Brigitte Zypries vorgelegten Entwurf zum vereinfachten Entschuldungsverfahren. Kernpunkt der Reform ist die Abschaffung des eigentlichen Insolvenzverfahrens für mittellose Verbraucher, die nach Angaben des Bundesministeriums der Justiz achtzig Prozent aller Verfahren ausmachen. Ein mittelloser Schuldner muss eine Bescheinigung einer geeigneten Person oder Stelle vorlegen, aus der sich ergibt, dass eine Einigung mit den Gläubigern „offensichtlich aussichtslos“ – so die neue Formulierung – war. Sein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens soll dann mangels Masse abgelehnt und das Verfahren sofort in die sechsjährige Wohlverhaltensperiode übergeleitet werden. Die so jährlich zu erzielende Kostenersparnis beziffert das BMJ auf 150 Millionen Euro. Als so genannter „good will“ des Schuldners soll er an den Verfahrenskosten beteiligt werden. Vorgesehen ist ein Kostenbeitrag von 25 Euro zu Beginn des Verfahrens und laufende Zahlungen in Höhe von 13 Euro pro Monat während der Wohlverhaltensperiode.

Eine Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens steht bereits seit dem Jahr 2006 im Raum – geplant ist jetzt ein Inkrafttreten zum Ende des Jahres 2008.

Schneller in die Wohlverhaltensperiode

Dass Schuldnerberater ihren Klienten zum Attentismus raten, um in den Genuss des neuen (verkürzten) Verfahrens zu gelangen, ist indes unwahrscheinlich. Zum einen steht das endgültige Inkrafttreten nach wie vor aus, zum anderen – und das ergab eine Telefonumfrage unter Schuldnerberatungsstellen – würden die 13 Euro „Selbstbeteiligung“ viele Schuldner eher verschrecken als anlocken. Zudem würden Überschuldete in der Regel „sofort Unterstützung wollen, wenn sie zu uns kommen, und nicht noch ein halbes Jahr oder länger vertröstet werden“, so ein Schuldnerberater aus Berlin-Neukölln.

Der Rückgang der Verbraucherinsolvenzen wird vielmehr auf eine Reduzierung des Beratungsangebotes zurückzuführen sein. So kritisieren sowohl der DAV (Deutscher Anwaltverein) als auch die Schuldnerberatungsstellen, dass die gerichtliche Bewilligung rechtsanwaltlicher Beratungsleistungen äußerst restriktiv gehandhabt wird. Zur Erklärung: Nicht nur öffentliche Schuldnerberatungsstellen übernehmen die nötige Beratungsleistung im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens, auch Rechtsanwälte können von Schuldnern konsultiert werden. Nach Angaben des DAV waren es im Jahr 2006 sogar 46,7 Prozent der überschuldeten Verbraucher, die anwaltliche Beratung in Anspruch genommen haben. 40,1 Prozent der Verbraucher suchten dagegen Hilfe bei den Schuldnerberatungsstellen. Die Amtsgerichte bewilligen allerdings aus Kostengründen immer seltener Beratungshilfe, da ja – so die Argumentation – in der Regel kostenlose Beratungsangebote durch die Schuldnerberatungsstellen existieren. Dies hat einerseits zu einem spürbaren Rückgang anwaltlicher Hilfe für mittellose Mandanten geführt, andererseits aber für ein Aufstauen der Fälle bei den Schuldnerberatungsstellen gesorgt. „Wir schieben einen unbearbeiteten Berg an Anträgen vor uns her. Mein Kalender ist bis zum Jahresende ausgebucht. Und das gilt auch für die meisten meiner Kollegen“, so ein Schuldnerberater aus Essen in einem Telefoninterview.

Rückzug der Anwälte aus der Schuldnerberatung

1.3 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Schadenssumme geringer

Die genaue Schadenssumme zu beziffern, die eine Insolvenz die Gläubiger und den Staat kostet, ist schwierig. Zum einen ist oft nicht exakt ermittelbar, welche angemeldeten Forderungen tatsächlich in welcher Höhe bestehen, andererseits kann nicht in allen Fällen aufgeklärt werden, ob Rückflüsse an die Gläubiger gingen. Die exakte Höhe der Forderungsverluste ist im Regelfall frühestens zwei Jahre nach der Eröffnung des Verfahrens bezifferbar, wenn die Höhe der Insolvenzmasse feststeht und die genaue Höhe der dagegen gerichteten Forderungen. Dennoch erlaubt auch die Erfassung bei Eröffnung bzw. im vorläufigen Verfahren eine erste Einschätzung, insbesondere vergleicht man sie auf derselben Basis mit den Jahren zuvor.

Creditreform ermittelte für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres einen Insolvenzschaten für die Volkswirtschaft in Höhe von 15,3 Milliarden Euro. Damit liegt das Schadensniveau 0,9 Milliarden Euro tiefer als im Vergleichszeitraum. 10,2 Milliarden Euro (Vorjahr: 10,8 Milliarden Euro) blieben bei den privaten Gläubigern unbefriedigt – die öffentliche Hand musste Forderungen in Höhe von 5,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 5,4 Milliarden Euro) ausbuchen bzw. im Zusammenhang mit der Insolvenz stehende Zahlungen vornehmen (Insolvenzgeld etwa). Pro Insolvenzfall blieben durchschnittlich Forderungen in Höhe von 708.000 Euro offen. Im ersten Halbjahr 2007 waren es noch 711.000 Euro.

Tab. 4: Insolvenzschäden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schäden	öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003	27,9	12,6	40,5
2004	27,5	11,9	39,4
2005	26,7	10,8	37,5
2006	22,4	8,7	31,1
2007 Hj.	10,8	5,4	16,2
2007	21,2	8,0	29,2
2008 Hj. *)	10,2	5,1	15,3

*) von Creditreform geschätzt

Ende 2007 waren beim Pensionssicherungs-Verein (PSVaG) 69.376 (Vorjahr 64.696) Arbeitgeber mit insolvenzversicherungspflichtiger betrieblicher Altersversorgung als Mitglieder gemeldet. Insgesamt stehen 10,2 Millionen Versorgungsberechtigte (Vorjahr: 9,6 Mio.), davon 3,9 Mio. Rentner (Vorjahr: 3,8 Mio.) und 6,3 Mio. Arbeitnehmer mit unverfallbaren Anwartschaften (Vorjahr: 5,8 Mio.) unter Insolvenzschutz. Hieraus ergibt sich die große sozialpolitische Bedeutung der Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung. Die Zahl der den PSVaG treffenden Insolvenzen ist im Jahr 2007 von 620 auf 426 gesunken. Dagegen ist die Anzahl der zu sichernden Renten und Anwartschaften mit 28.899 (Vorjahr: 26.987) höher. Das Schadensvolumen summierte sich auf 943,5 Mio. Euro (Vorjahr: 791,5 Mio. Euro). Hierin sind rund 175 Mio. Euro (Vorjahr 113 Mio. Euro) für die Sicherung von Anwartschaften enthalten.

Das Beitragsvolumen betrug 822,6 Mio. Euro. Es ergab sich aufgrund einer Beitragsbemessungsgrundlage von 272 Mrd. Euro und einem Beitragssatz von 3,0 Promille. Dieser lag damit um 0,1 Promillepunkte niedriger als im Vorjahr (3,1 Promille). Der durchschnittliche Beitragssatz für die bisherigen 33 Geschäftsjahre errechnet sich mit 2,7 Promille.

***Insolvenzversicherung
günstiger***

Die Beruhigung der Schadenentwicklung, die in den letzten Monaten des Jahres 2007 festzustellen war, hat sich Anfang 2008 fortgesetzt, so der PSV. Für das laufende Jahr geht man daher – sofern Großschäden ausbleiben – von einer Verbesserung der Schadenssituation aus.

Tab. 5: Private Insolvenzverluste in Deutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1999	17,9	672.000
2000	17,9	641.000
2001	22,0	679.000
2002	26,6	707.000
2003	27,9	707.000
2004	27,5	700.000
2005	26,7	725.000
2006	22,4	658.000
2007 Hj.	10,8	711.000
2007	21,2	727.000
2008 Hj. *)	10,2	708.000

*) von Creditreform geschätzt

**Schadensvolumen:
Zahlen weichen ab**

Auch das Statistische Bundesamt registriert die voraussichtliche Forderungshöhe, die aufgrund von Insolvenzen in den Büchern der Gläubiger stehen bleiben wird, und kommt für das erste Quartal 2008 auf insgesamt 4,337 Milliarden Euro. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es noch 5,433 Milliarden Euro. Die Differenz zu den Zahlen der Creditreform Wirtschaftsforschung ergibt sich nach Angaben von Destatis aus dem Zeitpunkt der Erhebung und der Quelle, da die Gerichte oftmals – mangels anderer verfügbarer Quellen – die Forderungshöhe schätzen. Die Aufforderung an die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche ist zu dem Zeitpunkt der Erfassung noch nicht ergangen, so dass noch gar nicht alle Forderungen bekannt sind. Zum anderen könnten Forderungen auch doppelt enthalten sein, so Destatis – insbesondere bei Insolvenzen von Unternehmen mit zusammengesetzter Rechtsform, wie etwa der GmbH und Co. KG. Obwohl es sich hierbei nur um ein Unternehmen handelt, ist normalerweise der haftende Komplementär mit einem

eigenen Verfahren betroffen. Die gleichen Forderungen werden dann gegen beide gerichtet.

Tab. 6: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002	26.550	10.930	41,2
2003	29.650	11.830	39,9
2004	30.080	11.550	38,4
2005	28.020	10.050	35,9
2006	26.890	8.960	33,3
2007 Hj.	11.660	3.890	33,4
2007	23.250	6.870	29,5
2008 Hj. *)	11.350	3.090	27,2

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 7: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002	11.070	6.280	56,7
2003	9.820	4.700	47,9
2004	9.190	4.110	44,7
2005	8.830	3.540	40,1
2006	7.150	2.350	32,9
2007 Hj.	3.520	1.070	30,4
2007	5.900	1.830	31,0
2008 Hj. *)	3.050	1.190	38,9

*) von Creditreform geschätzt

Die Insolvenzordnung sieht drei Gründe vor, aus denen ein Insolvenzantrag gestellt werden muss bzw. kann: „Überschuldung“ (dieser Eröffnungsgrund gilt nur für Kapitalgesellschaften), „Zahlungsunfähigkeit“ und „drohende Zahlungsunfähigkeit“. Bei rund 80 Prozent aller Unternehmen wurde als Insolvenzgrund Zahlungsunfähigkeit angegeben. Die drohende Zahlungs-

Von der Überschuldung zur Zahlungsunfähigkeit

unfähigkeit, die eingeführt wurde, damit der Insolvenzantrag zu einem früheren Zeitpunkt gestellt wird, um insbesondere der Sanierung bessere Chancen einzuräumen, spielt nach wie vor als Eröffnungsgrund keine Rolle.

Die Zahl der mangels Masse abgelehnten Verfahren sinkt in Westdeutschland deutlich von ehemals 33,4 auf 27,2 Prozent ab. Das heißt, in Westdeutschland werden fast drei Viertel aller Insolvenzverfahren eröffnet. Im Osten hingegen steigt die Zahl der mangels Masse abgelehnten Verfahren seit diesem Jahr wieder an, und zwar von 30,4 auf 38,9 Prozent. Diese Entwicklung ist bedenklich, da es insbesondere bei Kapitalgesellschaften den zwingenden Eröffnungsgrund der „Überschuldung“ gibt. Eine Überschuldung wird in den allermeisten Fällen zeitlich vor einer Zahlungsunfähigkeit liegen. Bei den Eröffnungsgründen der GmbH wird aber nur zu einem Drittel die Zahlungsunfähigkeit genannt. Daher ist es naheliegend, dass in den Fällen, in denen eine Abweisung mangels Masse erfolgt, Insolvenzverschleppung betrieben wurde.

1.4 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Im April 2008 waren in Deutschland saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausblendung üblicher jahreszeitlich bedingter Schwankungen, 40,25 Millionen Personen erwerbstätig. Dies entspricht einer saisonbereinigten Zunahme um 27.000 (plus 0,1 Prozent) gegenüber dem Vormonat März.

Auf Basis der Arbeitskräfteerhebung ermittelte Destatis für April 2008 saisonbereinigt 3,19 Millionen Erwerbslose. Im Vergleich zum Vorjahresmonat April 2007 waren 480.000 Personen oder 13,1 Prozent weniger erwerbslos. Die EU-weit harmonisierte, saisonbereinigte Erwerbslosenquote für Deutschland lag, gemessen als Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt, mit 7,4 Prozent weit unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats von 8,5 Prozent.

Die Bestimmung der Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste unterliegt ähnlichen Unsicherheiten

wie die Höhe der Forderungssumme (siehe Kapitel 1.3) – genau festgestellt werden kann sie erst nach Abschluss des Verfahrens. Dennoch gibt es Anhaltspunkte – wie etwa die Entwicklung der Insolvenzgeldbezieher: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bei Eintritt einer Unternehmensinsolvenz Anspruch auf die ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen für die vorangegangenen drei Monate. Die von einer Insolvenz betroffenen Arbeitnehmer erhalten deshalb ein sogenanntes Insolvenzgeld von der Bundesagentur für Arbeit. Die dafür verwendeten Gelder werden von den Berufsgenossenschaften bei den Arbeitgebern erhoben.

So weist Destatis für das erste Quartal 2008 27.027 durch die Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffene Beschäftigte aus. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren noch 31.257 Beschäftigte gezählt worden. In der Kommentierung der Zahlen räumen die Statistiker vom Bundesamt allerdings ein, dass die Meldung der betroffenen Arbeitnehmer vielfach in der Statistik fehle und die Zahl der zum Zeitpunkt des Insolvenzantrages gemeldeten Beschäftigten als zu niedrig eingeschätzt werden müsse und daher nur einen Trend aufzeigen könne.

Weniger Arbeitnehmer betroffen

Tab. 8: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006	473.000	- 16,0
2007 Hj.	188.000	- 19,7
2007	440.000	- 7,0
2008 Hj. *)	164.500	-12,5

*) von Creditreform geschätzt

Der Trend allerdings weist deutlich nach unten, was sowohl die Zahlen vom Statistischen Bundesamt als auch die von Creditreform ermittelten Werte verdeutlichen: Im ersten halben Jahr 2008 sind 164.500 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen gewesen. Das sind deutliche 12,5 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (188.000). Die überproportional hohe Abnahme – auch im Vergleich zum absoluten Rückgang der Zahlen, der bei 5,1 Prozent liegt – verdeutlicht die zunehmende Betroffenheit von kleinen Unternehmen. Wie in Kapitel 1.7 gezeigt wird, gibt es aktuell nur fünf insolvente Unternehmen, die mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen.

1.5 Insolvenzen im Finanz- und Konjunkturmilieu

DIHK-Geschäftsführer Martin Wansleben bezeichnete die Konjunktur in Deutschland im ersten Quartal 2008 als „fulminant“. Der DIHK hob seine Wachstumsprognose Mitte Juni auf 2,3 Prozent an. Und damit steht er nicht allein: Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rechnet mit 2,3 Prozent, und das Kieler Institut für Weltwirtschaft (ifW) immerhin mit 2,1 Prozent. Während den wichtigsten Handelspartnern im Euro-Land angesichts des starken Dollars und des immer weiter steigenden Ölpreises die Puste ausgeht, scheint die deutsche Wirtschaft quasi unverwundlich.

Nach wie vor übernimmt das Verarbeitende Gewerbe die Funktion der Konjunkturlokomotive: Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe nach vorläufigen Angaben arbeitstäglich bereinigt im April 2008 einen realen Umsatzzuwachs von 4,7 Prozent gegenüber dem April 2007. Kumuliert von Januar bis April 2008 lag das (arbeitstäglich bereinigte) Umsatzvolumen im Verarbeitenden Gewerbe um 5,4 Prozent über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Zahl der Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe nimmt denn auch – wie schon in den Jahren zuvor – überproportional deutlich ab: In Ostdeutschland um ganze 35,1 Prozent. Lediglich 240 Betriebe aus den neuen Bundesländern

mussten innerhalb des ersten Halbjahres Insolvenz anmelden (Vorjahr: 370). Aber auch im Westen ist ein Rückgang um 21,9 Prozent auf 930 (Vorjahr: 1.190) Unternehmen zu verzeichnen, so dass sich insgesamt ein Rückgang um 25,0 Prozent ergibt.

Tab. 9: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2008 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	930 (1.190)	8,2 (10,2)	- 21,9
Ost	240 (370)	7,9 (10,5)	- 35,1
Deutschland	1.170 (1.560)	8,1 (10,3)	- 25,0
Bau			
West	1.780 (1.790)	15,7 (15,4)	- 0,6
Ost	680 (790)	22,3 (22,4)	- 13,9
Deutschland	2.460 (2.580)	17,1 (17,0)	- 4,7
Handel			
West	2.750 (2.620)	24,2 (22,5)	+ 5,0
Ost	660 (700)	21,6 (19,9)	- 5,7
Deutschland	3.410 (3.320)	23,7 (21,9)	+ 2,7
Dienstleist.			
West	5.890 (6.060)	51,9 (52,0)	- 2,8
Ost	1.470 (1.660)	48,2 (47,2)	- 11,4
Deutschland	7.360 (7.720)	51,1 (50,9)	- 4,7
Gesamt			
West	11.350 (11.660)	100,0 (100,1)	- 2,7
Ost	3.050 (3.520)	100,0 (100,0)	- 13,4
Deutschland	14.400 (15.180)	100,0 (100,1)	- 5,1

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Die deutsche Bauwirtschaft rechnet in diesem Jahr mit einem leichten Umsatzplus, ließ der Vorsitzende der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, Karl-Heinz Schneider, verlautbaren. Zwar litten die Bauunternehmen nach wie vor unter den geringen Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, die mit Auslaufen der Eigenheimzulage förmlich eingebrochen waren. Einen maßgeblichen Anteil am Geschäft der Bauwirtschaft hätten mittlerweile die Arbeiten an den bestehenden Wohngebäuden. Derzeit entfielen 60 Prozent der Investitionen auf Instandhaltungsmaßnahmen und 40 Prozent auf (energetische) Modernisierungen. Das Statistische Bundesamt teilte mit, dass die Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen) im ersten Quartal 2008 preis- und saisonbereinigt im Vergleich zu denjenigen des entsprechen-

Verarbeitendes Gewerbe stabilisiert sich im Zeichen guter Konjunktur

den Vorjahreszeitraums unverändert geblieben sind. Der Gesamtumsatz belief sich auf 15,2 Milliarden Euro und lag damit um 7,5 Prozent über dem Niveau der ersten drei Monate 2007.

Der Rückgang der Insolvenzen im Baugewerbe insgesamt liegt mit minus 4,7 Prozent nur leicht unter dem Durchschnitt der Unternehmen insgesamt (5,1 Prozent). Dabei ist eine deutliche Verlangsamung des Trends festzustellen: Im ersten Halbjahr 2007 verzeichneten die Bauunternehmen noch einen Rückgang der Insolvenzen um 21,1 Prozent.

Insolvenzen im Einzelhandel: Steigend

Der Handel ist die einzige Branche, die einen Anstieg der Insolvenzen zu verzeichnen hat (um 2,7 Prozent). Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass ausschließlich die westdeutschen Handelsunternehmen Zuwächse bei den Insolvenzen verzeichnen (um 5,0 Prozent auf 2.750 Unternehmen; Vorjahr: 2.620 Unternehmen). Die ostdeutschen Handelsbetriebe weisen einen Rückgang um 5,7 Prozent auf 660 betroffene Unternehmen (Vorjahr: 700) auf. Bei einer weiteren Unterteilung wird deutlich, dass allein die Betriebe des Einzelhandels Zuwächse bei den Insolvenzen melden, während im Großhandel Rückgänge zu verzeichnen sind: Der Einzelhandel hat unter der mangelnden Konsumlust der Deutschen zu leiden. Jüngste Zahlen zeigen, wie der Konsum zu einem Bremsfaktor wird: Wie Destatis meldete, gaben die Deutschen im April rund ein Prozent weniger aus als noch im Jahr zuvor. Im Vergleich zum Vormonat März ist saisonbereinigt sogar ein reales Minus von 1,7 Prozent festzustellen. Wegen steigender Preise für Benzin und Energie hätten die Verbraucher bei anderen Ausgaben gespart, so der Sprecher des Einzelhandelsverbandes HDE.

Tab. 10: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	62
<u>hierunter:</u>	
Textilveredelung	446
Herstellung von Kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen	351
Herstellung von Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen und Ausbauelementen aus Holz	267
Baugewerbe	152
<u>hierunter:</u>	
Estrichlegerei	651
Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsgewerbe	572
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit	555
Handel	97
<u>hierunter:</u>	
sonst. Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	488
Einzelhandel mit Telekommunikationsendgeräten und Mobiltelefonen	434
Einzelhandel mit Backwaren	420
Dienstleistungen	90
<u>hierunter:</u>	
Briefdienste	935
Private Post- und Kurierdienste	807
Call Centers	742
Gesamt	95
<u>hierunter:</u>	
Westdeutschland	91
Ostdeutschland	114

Quelle: Creditreform Datenbank und Umsatzsteuerstatistik

Tabelle 10 zeigt die am meisten ausfallgefährdeten Branchen der vier Hauptwirtschaftsbereiche. Auffällig sind bei den Dienstleistern die beiden Bereiche „Briefdienste“ und „private Post- und Kurierdienste“ mit 935, bzw. 807 Insolvenzen pro 10.000 existierenden Unternehmen – in der Regel sind eher die Bereiche Diskotheken, Kneipen und Schankwirtschaften die am meisten insolvenzgefährdeten Bereiche. In diesem Jahr jedoch haben die diversen Insolvenzen der PIN-

Regionalgesellschaften für eine Verschiebung gesorgt, auf die in Kapitel 1.7 noch näher eingegangen wird.

Insgesamt betrachtet ist die Insolvenz betroffenheit in den neuen Bundesländern nach wie vor ungleich höher als in den alten. Während im Westen im ersten Halbjahr 2008 durchschnittlich 91 von 10.000 Betrieben in Konkurs gingen, waren es im Osten 114.

Tab. 11: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2008

Die GmbH legt zu

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe	3,8 (3,6)	3,6 (2,9)	3,8 (3,4)
Kleingewerbetreibende	52,1 (52,8)	56,6 (66,7)	53,2 (55,5)
BGB-Gesellschaft	1,0 (0,9)	1,2 (0,7)	1,0 (0,9)
Einzelfirma	4,1 (4,5)	2,1 (2,5)	3,6 (4,1)
OHG	0,3 (0,3)	0,1 (0,1)	0,3 (0,2)
KG	0,6 (0,4)	0,4 (0,6)	0,5 (0,5)
GmbH & Co. KG	3,9 (4,0)	3,6 (2,0)	3,8 (3,6)
GmbH	33,3 (32,4)	30,9 (23,4)	32,8 (30,6)
AG	0,5 (0,6)	0,4 (0,3)	0,5 (0,6)
eG	0,0 (0,0)	0,2 (0,2)	0,1 (0,1)
e. V.	0,5 (0,5)	0,8 (0,6)	0,5 (0,5)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Während sich der Insolvenzanteil von Kleingewerbetreibenden im Jahresverlauf leicht von 55,5 auf 53,2 Prozent reduzierte, legten die Insolvenzen der GmbH um 2,2 Prozentpunkte auf 32,8 Prozent zu. Es steht zu befürchten, dass sich der Anteil der insolventen GmbHs weiter erhöhen wird, wenn die GmbH-Reform Ende dieses Jahres in Kraft tritt: Ein Kernanliegen der GmbH-Novelle ist die Erleichterung und Beschleunigung von Unternehmensgründungen. Kritiker bemängeln, dass durch die Herabsetzung des Mindeststammkapitals bloß eine quantitative Erhöhung des Gründungsgeschehens erfolgen würde, und somit auch der Anteil der „unüberlegten“ Gründungen steigen würde mit der Folge eines parallelen Anstiegs der GmbH-Insolvenzen in der Folgezeit.

Ein weiterer Trend, der bereits seit einigen Jahren zu beobachten ist, setzt sich auch im ersten Halbjahr 2008 fort: Die zunehmende Betroffenheit kleiner und Kleinstunternehmen von Insolvenzen: Mehr als jeder vierte insolvente Betrieb setzt weniger als 100.000 Euro im Jahr um. Ein weiteres Viertel (23,4 Prozent; Vorjahr: 23,9 Prozent) fällt in die Umsatzklasse zwischen 100.000 und 250.000 Euro.

Tab. 12: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen im 1. Halbjahr 2008 *) in Deutschland (in Mio. Euro)

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	3.710 (3.870)	25,8 (25,5)
> 0,1 – 0,25	3.370 (3.630)	23,4 (23,9)
> 0,25 – 0,5	2.530 (2.630)	17,6 (17,3)
> 0,5 – 5,0	4.160 (4.370)	28,9 (28,8)
> 5,0 – 25,0	530 (590)	3,7 (3,9)
> 25,0 – 50,0	70 (60)	0,5 (0,4)
> 50,0	30 (30)	0,2 (0,2)
Gesamt	14.400 (15.180)	100,1 (100,0)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Ein Drittel (34,0 Prozent; Vorjahr: 34,0 Prozent) der Insolvenzen stellen Unternehmen, die nicht älter als vier Jahre sind. Die Zahl der insolventen Betriebe, die schon mehr als zehn Jahre am Markt agieren, nahm im Jahresverlauf leicht um 0,5 Prozentpunkte auf 34,6 Prozent ab.

Tab. 13: Insolvenzen nach Unternehmensalter im 1. Halbjahr 2008

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	18,0 (17,8)	16,5 (15,3)	17,6 (17,3)
3 bis 4 Jahre	16,3 (17,5)	16,4 (13,3)	16,4 (16,7)
5 bis 6 Jahre	12,5 (12,1)	12,2 (13,0)	12,4 (12,3)
7 bis 8 Jahre	10,1 (9,7)	10,6 (13,5)	10,2 (10,4)
9 bis 10 Jahre	8,2 (7,8)	10,6 (9,9)	8,8 (8,2)
über 10 Jahre	34,9 (35,1)	33,8 (35,0)	34,6 (35,1)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Parallel zum Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in der niedrigsten Umsatzklasse nahm auch die Zahl der Konkurse von Unternehmen zu, die weniger als sechs Personen beschäftigen, und zwar von 78,4 Prozent im ersten Halbjahr 2007 auf aktuell 80,1 Prozent. Unternehmen, die mehr als 100 Personen beschäftigen, machen demgegenüber nur 0,7 Prozent (Vorjahr: 0,8 Prozent) des Insolvenzgeschehens aus.

Tab. 14: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Prozent im 1. Halbjahr 2008

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	80,2 (78,1)	79,7 (79,3)	80,1 (78,4)
6 – 10 Personen	9,3 (10,0)	9,9 (10,9)	9,4 (10,2)
11 – 20 Personen	5,4 (6,1)	5,5 (6,0)	5,5 (6,0)
21 – 50 Personen	3,2 (3,9)	3,8 (3,1)	3,3 (3,7)
51 – 100 Personen	1,1 (1,0)	0,8 (0,5)	1,0 (0,9)
> 100 Personen	0,8 (0,9)	0,3 (0,2)	0,7 (0,8)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Eine der wichtigsten Kennzahlen für die Entwicklung der Insolvenzen in Deutschland ist die Eigenkapitalstruktur der Unternehmen. Einerseits hilft eine ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital, konjunkturelle Dellen zu überwinden oder Zahlungsverzögerungen bzw. -ausfälle auszugleichen, andererseits sorgt sie für eine weitestgehende Unabhängigkeit vom Bankenmarkt und seinen Turbulenzen – und wenn doch Fremdkapital benötigt wird, ist sie die ausschlaggebende Größe für die Konditionenbestimmung.

Also gilt: Je weniger Eigenkapital ein Unternehmen zur Verfügung hat, desto größer ist die Insolvenzwahrscheinlichkeit. Insofern sollte die folgende Zahl zumindest bedenklich stimmen: Eine Auswertung der Creditreform Bilanzdatenbank, in der für das Jahr 2006 214.000 Bilanzen von Kapitalgesellschaften hinterlegt sind, ergab, dass 17,5 Prozent der Unternehmen in 2006 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag erwirtschafteten (sogenanntes negatives Eigenkapital).

Wenig Neues beim Eigenkapital

Auch die jüngste Befragung von Creditreform unter gut 4.000 Unternehmen vom April dieses Jahres ergab keine Anzeichen für eine Besserung in Sachen Eigenkapital, obwohl doch 2007 als konjunkturelles Boomjahr in die Annalen eingehen wird, und die Chance zur Aufstockung der Eigenkapitaldecke durch Thesaurieren der Gewinne gegeben war. Immer noch sind mehr als 30 Prozent der KMU in Deutschland unterkapitalisiert (weniger als zehn Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme). Nur knapp jeder vierte Betrieb (23,9 Prozent; Vorjahr: 25,0 Prozent) ist mit einer soliden Eigenkapitaldecke versorgt (mehr als 30 Prozent im Verhältnis zu Bilanzsumme).

Tab. 15: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	30,3 (31,6)
	bis 20%	28,4 (25,0)
	bis 30%	17,4 (18,4)
	über 30%	23,9 (25,0)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

Vor allem bonitätsschwache Unternehmen wird die bevorstehende Verschärfung der bankinternen Kreditvergabe Richtlinien treffen. Ein knappes Jahr nach Ausbruch der Finanzmarktkrise müssen Unternehmen sich darauf einstellen, für ihre externe Finanzierung tiefer in die Tasche zu greifen. „Die Verteuerung der Kredite sollte für die kreditnachfragenden Unternehmen bald spürbar werden“, prognostiziert die Förderbank KfW. Bisher haben sich Kredite in Deutschland seit Ausbruch der Finanzkrise im Schnitt nur marginal verteuert – weitaus weniger als in anderen europäischen Ländern.

Kredite werden teurer

So zahlten Unternehmen für Kredite über einer Million Euro in Deutschland je nach Laufzeit im März zwischen acht und 28 Basispunkte mehr als im Juni 2007. Langfristige Kredite unter einer Million Euro haben sich im Schnitt sogar verbilligt. Dies liegt neben den niedrigen Leitzinsen in Europa am starken Wettbewerb der Banken um Unternehmenskunden in Deutschland. Allerdings könnte das Zinsniveau nach den überra-

schenden Äußerungen von EZB-Chef Jean-Claude Trichet steigen. Dieser hatte Anfang Juni angekündigt, dass die EZB bereits in einem Monat eine Zinserhöhung beschließen könnte.

Nach Ansicht von Michael Wolber, Vorstand der Deutschland-Tochter des belgischen Finanzkonzerns KBC müssten die Kreditmargen in Deutschland um 70 bis 80 Basispunkte steigen, wenn die Banken ihre teurere Finanzierung voll an die Unternehmen weitergeben würden.

Finanzierungsexperte Reinhard Kudiß vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht schon jetzt punktuelle Verteuerungen bei Unternehmen. Die Banken hätten ihre Kreditvergaberichtlinien bereits zum Teil verschärft, sagte er dem Handelsblatt. Kudiß geht davon aus, dass die Nachfrage der Unternehmen nach Fremdkapital hoch bleiben dürfte oder wegen geringerer Eigenmittel infolge einer schwächeren Konjunkturlage sogar steigen könnte. Diese Nachfrage gebe den Banken Spielräume, höhere Refinanzierungskosten eher an die Firmen weiterzugeben. Inwieweit der Wettbewerb dies zulasse, müsse sich aber erst noch zeigen.

Kreditvolumen vergrößert

Anzeichen für eine Kreditklemme sind aber nicht zu sehen. Im Gegenteil: Der Kreditbestand ist im ersten Quartal 2008 weiter ausgedehnt worden. Nach Angaben der Bundesbank betrug die Zuwachsrate der Unternehmenskredite im ersten Quartal 2007 noch 0,1 Prozent und liegt aktuell bei 2,4 Prozent. Bei den Wohnungsbau- und Konsumentenkrediten schwächte sich der rückläufige Trend leicht ab – auf minus 0,7 und minus 1,5 Prozent. Das gesamte ausstehende Kreditvolumen in den drei Kategorien lag um 2,8 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert.

1.6 Creditreform Bonitätsatlas

Der Bonitätsatlas bildet die regionale Insolvenzanfälligkeit der Unternehmen in Deutschland ab und ist ein Indikator für die Risikostruktur von Unternehmen und Branchen nach Bundesländern, Kreisen, Gemeinden

und Postleitzahlgebieten. Der Bonitätsatlas setzt sich aus Unternehmen aller Alters-, Größen- und Rechtsformklassen über alle Branchen zusammen. Sämtliche Unternehmen in den Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland werden – dem Schulnotenprinzip folgend – in sechs Risikoklassen unterteilt. Dabei gelten für Unternehmen folgende Negativmerkmale:

- unternehmerisches Insolvenzverfahren
- Insolvenzverfahren von unternehmerisch tätigen Personen
- sonstige Insolvenzverfahren (etwa Nachlässe)
- Eidesstattliche Versicherungen und Haftanordnungen unternehmerisch tätiger Personen

Berechnet wird ein Risikoindikator (CRI), indem man die Zahl der Unternehmen mit Negativmerkmalen durch die Zahl der Unternehmen in der Region teilt. Der durchschnittliche Risikoindikator für alle Unternehmen in ganz Deutschland liegt im Jahr 2007 bei 2,11 Prozent – im Gesamtjahr 2006 lag er noch bei 2,26 Prozent.

Tab. 16: Bonitätsatlas auf Bundeslandebene

■	Jahr 2007	Jahr 2006
Bayern	1,64	1,62
Saarland	1,71	2,19
Baden-Württemberg	1,74	1,83
Hamburg	1,88	1,86
Schleswig-Holstein	2,01	2,29
Hessen	2,09	2,27
Thüringen	2,22	2,38
Rheinland-Pfalz	2,23	2,29
Sachsen	2,28	2,55
Berlin	2,31	2,91
Bremen	2,33	2,43
Nordrhein-Westfalen	2,33	2,48
Mecklenburg-Vorp.	2,39	2,70
Brandenburg	2,46	2,80
Niedersachsen	2,49	2,60
Sachsen-Anhalt	2,81	3,14
Durchschnitt	2,11	2,26

Creditreform-Risiko-Indikator (CRI) in Prozent

***Insolvenzanfälligkeit:
Große Unterschiede
zwischen den Ländern***

Parallel zum Rückgang der Unternehmensinsolvenzen sanken auch über fast alle Bundesländer hinweg die Creditreform Risikoindikatoren. Den größten Sprung machte das Saarland: Binnen Jahresfrist sank der CRI von ehemals 2,19 auf 1,71 Prozent – damit setzt sich das Saarland an Platz zwei der Bundesländer mit dem geringsten CRI und lässt Baden-Württemberg hinter sich. Nur Bayern musste sich das kleine Bundesland geschlagen geben. Wie auch schon in den Jahren zuvor behauptet der Freistaat seine Spitzenposition mit einem CRI von 1,64 Prozent, der allerdings im Vergleich zum Vorjahr (1,62 Prozent) leicht anstieg.

Einen ansteigenden Indikator weist neben Bayern nur noch Hamburg auf: Hier stieg der Wert binnen Jahresfrist um 0,02 Prozentpunkte auf 1,88 Prozent.

Die größten Risiken haben – wie auch schon im Vorjahr – die Länder Brandenburg (2,46; Vorjahr: 2,80), Niedersachsen (2,49; Vorjahr: 2,60) und Sachsen-Anhalt (2,81; Vorjahr: 3,14).

Tab. 17: Die zehn Kreise mit dem niedrigsten Creditreform-Risiko-Indikator (CRI)

■	Jahr 2007	Jahr 2006
München	0,91	0,92
Rottal-Inn	0,96	1,30
Ostalbkreis	1,01	0,80
Ravensburg	1,16	1,36
Heidenheim	1,17	0,55
Bayreuth	1,21	1,34
Ebersberg	1,23	1,56
Rhön-Grabfeld	1,24	1,36
Freising	1,25	1,17
Traunstein	1,30	1,39

CRI in Prozent

Der Kreis München – nicht zu verwechseln mit der kreisfreien Landeshauptstadt – ist der Kreis mit der geringsten Unternehmensinsolvenzgefährdung in Deutschland. Der CRI liegt bei 0,91 Prozent (Vorjahr: 0,92 Prozent). Anders als jedoch noch im vergangenen Jahr ist die Top 3 der Kreise mit den wenigsten

insolvenzgefährdeten Unternehmen nicht mehr komplett in bayerischer Hand: Der Ostalbkreis in Baden-Württemberg schaffte es trotz einer Verschlechterung des Risiko-Indikators von 0,80 auf 1,01 Prozent auf Platz drei.

Tab. 18: Die zehn Kreise mit dem höchsten Creditreform-Risiko-Indikator (CRI)

■	Jahr 2007	Jahr 2006
Osterode am Harz	3,80	3,44
Herne, Stadt	3,74	3,64
Bördekreis	3,72	3,50
Sonneberg	3,69	3,24
Magdeburg, Landeshauptstadt	3,67	3,86
Ohrekreis	3,51	3,83
Worms, Stadt	3,34	2,76
Cottbus, Stadt	3,30	3,46
Pirmasens, Stadt	3,29	1,92
Halberstadt	3,28	3,67

CRI in Prozent

Am unteren Ende der Skala liegt Osterode am Harz, dessen Risikoindikator binnen Jahresfrist – entgegen dem allgemeinen Trend in Deutschland – von 3,44 auf 3,80 Prozent anstieg. Der Bördekreis, der im vergangenen Jahr noch die rote Laterne hielt, konnte sich auf den drittletzten Platz verbessern, obwohl auch hier eine Zunahme der Insolvenzwahrscheinlichkeit zu verzeichnen ist (CRI: 3,72; Vorjahr: 3,50). Auf dem vorletzten Platz liegt die Stadt Herne im Ruhrgebiet, die auf einen CRI von 3,74 Prozent kommt (Vorjahr: 3,64 Prozent).

1.7 Große Firmeninsolvenzen

Nachdem sich die Bundesregierung im November 2007 auf die Einführung eines Mindestlohns im Briefzustellerbereich durch die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) geeinigt hatte, kündigte die Axel Springer AG massiven Widerstand an und drehte schließlich dem Post-Konkurrenten **PIN Group AG**, deren größter Anteilseigner sie war, den

Geldhahn zu. In der Folgezeit meldeten immer mehr PIN-Regionalgesellschaften Insolvenz an – aktuell sind es 39.

Nach Einschätzung des Insolvenzverwalters Andreas Ringstmeier wird mehr als jeder zweite Arbeitsplatz verloren gehen. „Vielleicht werden wir am Ende 5.000 haben, wenn es gut geht“, sagte er dem „Tagesspiegel am Sonntag“ im April. Ursprünglich habe die PIN Group 11.500 Menschen beschäftigt, erst rund 1.800 Arbeitsplätze seien vorerst gesichert. „Dass wir eine erhebliche Anzahl an Arbeitsplätzen verlieren würden, war von Anfang an klar. Dass es so dramatisch würde, nicht“, sagte Ringstmeier.

Tab. 19: Große Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im 1. Halbjahr 2008

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	PIN Mail GmbH, Brakel	private Post- und Kurierdienste, Kurierdienste
	Astroh Küchen GmbH & Co. KG, Bochum	Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat
	Multi-Media Pro-Markt Handels GmbH, Berlin	Groß- und Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik, elektrischen Haushaltsgeräten, elektrotechnischen Erzeugnissen und Zubehör, Facheinzelhandel
	RiCö Internationale Transporte und Logistik GmbH, Osterode	erlaubnispflichtiger gewerblicher Güterkraftverkehr, Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren ohne ausgeprägten Schwerpunkt
	Lucia AG, Lüneburg	Herstellung von Pullovern, Strickjacken und ähnlichen Waren, Herstellung von gewirkter und gestrickter Oberbekleidung, Großhandel mit Oberbekleidung sowie Bekleidungszubehör

Quelle: Creditreform Datenbank

Am ersten Februar dieses Jahres wurde die Insolvenz über einen der größten Küchenanbieter in Deutschland – die **Astroh Küchen GmbH & Co. KG** aus Bochum – eröffnet. Bundesweit unterhält die Küchen-Kette 21 Filialen, in denen insgesamt 750 Mitarbeiter beschäftigt sind. Für die Astroh-Kunden, die zum Teil erhebliche Summen für eine Küche angezahlt hatten und aufgrund der Insolvenz nicht beliefert worden waren, sieht es schlecht aus. Der Insolvenzverwalter hat inzwischen die Verträge mit den Kunden einseitig gekündigt, nachdem der letzte Interessent für die Astroh-Gruppe abgesprungen ist.

Die Insolvenz über das von den Gebrüdern Wegert gegründete Unternehmen – der Berliner Elektronik-Discounter **Multi-Media Pro-Markt Handels GmbH** – wurde am ersten Mai eröffnet. Von der Insolvenz sind 27 Standorte betroffen, die als Franchise-Unternehmen unter der EP-Marke Medimax firmieren. Die heute noch existierenden Pro-Märkte in Deutschland gehören nicht zur Wegert-Gesellschaft, sondern sind Teil des Rewe-Imperiums. Sie haben mit der Wegert-Pleite nichts zu tun. Auslöser für die Zahlungsunfähigkeit der Berliner Gesellschaft sei eine »ankündigungslose fristlose Kündigung der Delkredere-Haftung durch Electronic Partner« (EP) gewesen, heißt es in einer Unternehmensmitteilung. Das alles sei für die Geschäftsführung so überraschend gekommen, dass es nicht mehr möglich gewesen sei, entsprechende Alternativen zu entwickeln. Außerdem hätten die Lieferanten teilweise von der Haftungs-Kündigung früher gewusst als das Unternehmen selbst. Anfang März jedoch kam der Rückzieher vom Rückzieher: Die EP ließ verlautbaren, dass man das Delkredere für die Pro-Markt GmbH wieder aufgenommen habe.

„Es ist positiv zu bewerten, dass die Brüder Wegert sehr frühzeitig schon wegen „drohender“ Zahlungsunfähigkeit Insolvenz angemeldet haben“, erklärt ein Sprecher des vorläufigen Insolvenzverwalters Rechtsanwalt Prof. Rolf Rattunde auf Anfrage. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Insolvenz Nummer vier betrifft die Großspedition **RiCö Internationale Transporte und Logistik GmbH** aus Osterode am Harz – dem Landkreis mit dem schlechtesten Creditreform Risikoindikator. Insgesamt wurden in der Firmengruppe 3.200 Mitarbeiter, davon etwa 950 in Deutschland beschäftigt. 400 wurden bereits Ende März entlassen. Anfang April leitete die Staatsanwaltschaft Braunschweig ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Betruges, der Untreue, der Insolvenzverschleppung und anderer Wirtschaftsstraftaten ein. Mitte Mai erklärte die Sprecherin des Insolvenzverwalters, dass die Verhandlungen mit Übernahme-Interessenten gescheitert seien.

Das Lüneburger Textilunternehmen **Lucia AG** meldete Mitte März Insolvenz an. In Lüneburg stehen rund 300 Arbeitsplätze auf dem Spiel, 100 Mitarbeiter sind im rumänischen Sibiu beschäftigt. Nach Verlusten von zehn Millionen Euro im Jahr 2006 war die Lüneburger Belegschaft bereits halbiert worden. Im Sommer 2007 hatte sich die Gründerfamilie Pfohe aus dem Unternehmen zurückgezogen. Die Beteiligungsgesellschaft Capital Management-Partners übernahm daraufhin die Mehrheit an Lucia. Neuer Minderheitsgesellschafter wurde der Vorstandsvorsitzende Burkhard Stuhlemmer. Eine Woche später traf es auch die Lucia Töchter LeComte und Clasen. Mittlerweile ist das Verfahren eröffnet.

■ 2 **Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen**

2.1 **Gründungsbilanz**

Im ersten Halbjahr 2008 wurden gut sechs Prozent weniger Gewerbeanmeldungen verzeichnet als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. In absoluten Zahlen bedeutet das: Von Januar bis Juni ließen sich 413.700 Betriebe neu in die Register eintragen. Im ersten Halbjahr 2007 lag diese Zahl noch bei 441.600. Auch die Gewerbeabmeldungen gingen zurück (minus 3,2 Prozent), wenngleich nicht so stark wie die Anmeldezahlen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 haben gut 349.000 Betriebe ihre Geschäftstätigkeit aufgegeben.

Der Rückgang bei den Gewerbeanmeldungen ist im Wesentlichen auf die nach wie vor gute Konjunktur zurückzuführen. Das klingt paradox, aber Gründungen aus der Arbeitslosigkeit erleben einen Rückgang, da viele Betroffene wieder lukrative Stellen in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen finden. Arbeitslosigkeit als ein wichtiger Push-Faktor für das Gründungsgeschehen der vergangenen Jahre hat damit an Einfluss eingebüßt. Aufgrund der nun verbesserten Aussichten auf eine Festanstellung wird der Schritt in die Selbstständigkeit in vielen Fällen offensichtlich aufgegeben oder zumindest zurückgestellt. In der deutlich rückläu-

Anmeldezahlen weiter rückläufig

Push-Wirkung der Arbeitslosigkeit verliert an Kraft

figen Zahl der Neueintragungen ins Handelsregister findet sich dieser Trend besonders bestätigt.

Tab. 20: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2008 *) für Deutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	369.400 (391.100)	- 5,5	315.600 (328.100)	- 3,8
Handels- register:	44.300 (50.500)	- 12,3	33.700 (32.900)	+ 2,4
Gesamt:	413.700 (441.600)	- 6,3	349.300 (361.000)	- 3,2
Saldo An- und Abmeldungen	64.400 (80.600)	- 20,1		

*) Creditreform Schätzung; () = Vorjahresangaben

Von den 349.000 Betrieben, die in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 aus den Registern gestrichen wurden, stammten lediglich 33.700 Unternehmen aus dem Handelsregister. Allerdings hat diese Zahl der Löschungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht zugenommen. Ein Minus gab es dagegen bei den Abmeldungen von Kleingewerbetreibenden (minus 3,8 Prozent).

Der Saldo aus An- und Abmeldungen blieb mit 64.400 im ersten Halbjahr 2008 weiter positiv. Allerdings fiel dieser im Vergleich zum Vorjahreszeitraum weniger deutlich aus (1. Halbjahr 2007: 80.600). Dennoch ist der Gesamtbestand an Unternehmen und Gewerbebetrieben in Deutschland weiter angestiegen.

Tab. 21: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2008 *) für Westdeutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	298.600 (316.200)	- 5,6	254.600 (264.600)	- 3,8
Handels- register:	36.600 (41.800)	- 12,4	26.600 (26.400)	+ 0,8
Gesamt:	335.200 (358.000)	- 6,4	281.200 (291.000)	- 3,4
Saldo:	54.000 (67.000)	- 19,4		

*) Creditreform Schätzung; () = Vorjahresangaben

**Unternehmensbestand im
Osten wächst kaum**

Das Fluktuationsgeschehen, also die Zahl der Gewerbeanmeldungen bzw. -abmeldungen, hat sich in Ost- und Westdeutschland weitgehend parallel entwickelt. Hier wie dort ist die Zahl der Neuanmeldungen um gut sechs Prozent zurückgegangen. Einige Unterschiede gibt es jedoch zu verzeichnen. Zum einen blieb das Wachstum des Unternehmensbestandes zwischen Ostsee und Erzgebirge per Saldo deutlich unter dem Vorjahresniveau zurück. Der Zuwachs von lediglich 10.400 Betrieben war um mehr als 23 Prozent niedriger als 2007. In den westdeutschen Bundesländern zeigt die Entwicklung tendenziell in die gleiche Richtung, erreichte mit einer Abnahme des Saldos um gut 19 Prozent allerdings nicht das Ausmaß wie im Osten. Zum anderen sind deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Handelsregisterlöschungen auszumachen. Während es im Ostteil der Republik einen Anstieg der Austragungen um gut neun Prozent gab, verzeichneten die alten Bundesländer nur eine leichte Zunahme (plus 0,8 Prozent).

**Tab. 22: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2008 *)
für Ostdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	70.800 (74.900)	- 5,5	61.000 (63.500)	- 3,9
Handels- register:	7.700 (8.700)	- 11,5	7.100 (6.500)	+ 9,2
Gesamt:	78.500 (83.600)	- 6,1	68.100 (70.000)	- 2,7
Saldo:	10.400 (13.600)	- 23,5		

*) Creditreform Schätzung; () = Vorjahresangaben

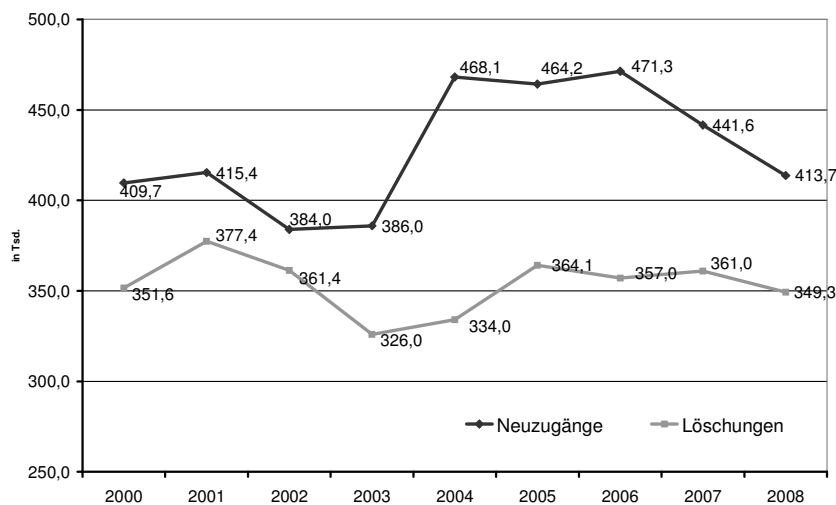
Die Zahl der Neuanmeldungen von Unternehmen erreichte in den Jahren 2004 und 2005 – forciert durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie die Existenzgründungszuschüsse (Ich-AG) – einen Höhepunkt. Allein 2004 erhielten mehr als 350.000 arbeitslose Existenzgründer eine Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA). Das hat die Gründungsaktivitäten in Deutschland massiv gefördert. Vor diesem Hintergrund lässt sich die 2006 ausgelaufene Ich-AG-Regelung als Erfolg bewerten. 2007 hat sich das

Gründungsgeschehen dagegen mit knapp 850.000 Gewerbeanmeldungen weiter abgeschwächt. Diese Entwicklung dürfte sich in diesem Jahr weiter fortsetzen. So wagten in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 nochmals deutlich weniger Unternehmer den Start in die Selbstständigkeit.

Spiegelbildlich mit dem Rückgang der Neugründungszahlen halten sich die Gewerbeabmeldungen weiterhin auf einem hohen Niveau. Mit 709.000 Abmeldungen wurden 2007 bereits das dritte Jahr in Folge mehr als 700.000 Betriebe aus den Registern gestrichen. Auch diese Entwicklung dürfte eine direkte Folge der verbesserten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sein, die viele bisherige Unternehmensgründer in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis lockten.

Abmeldezahlen weiter auf hohem Niveau

Tab. 23: Grafik des Gründungsgeschehen in Deutschland von 2000 bis 2008 (jeweils 1. Halbjahr)



Tab. 24: Gründungsgeschehen in Deutschland von 2000 bis 2008

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	832.000	629.000	203.000
2001	758.000	660.000	98.000
2002	720.000	637.000	83.000
2003	785.000	642.000	143.000
2004	960.500	677.600	282.900
2005	895.100	708.300	186.800
2006	881.800	710.200	171.600
2007 Hj.	441.600	361.000	80.600
2007	849.000	709.000	140.000
2008 Hj. *)	413.700	349.300	64.400

*) von Creditreform geschätzt

2008: 5-Jahres-Tief bei den Unternehmensgründungen?

Nach dem erneuten Rückgang der Neugründungszahlen im ersten Halbjahr spricht vieles dafür, dass sich diese Entwicklung in den kommenden Monaten fortsetzen wird. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt werden weiterhin günstig bleiben. So rechnen die wichtigsten Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenzahlen auf unter 3,3 Mio. im Jahresdurchschnitt. Demzufolge sorgen neu entstehende abhängige Beschäftigungsverhältnisse und auch die zunehmende Sicherheit der Arbeitsplätze für eine weiter zurückhaltende Gründungsneigung in Deutschland.

Zudem dürfte sich 2008 ein weiterer Punkt negativ auf die Gewerbeanmeldezahlen auswirken: Aus Sicht der potenziellen Gründer haben sich die Förderbedingungen aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Reformen verschlechtert. Eine Wiederholung der durch großzügige Fördermaßnahmen forcierten hohen Gründungszahlen scheint vor diesem Hintergrund ausgeschlossen.

Abzuwarten bleiben die Auswirkungen der GmbH-Rechtsreform, die frühestens im vierten Quartal in Kraft treten wird. Ein erklärtes Ziel dieser Gesetzesänderung: Unternehmensgründern schnell und unkompliziert die Umsetzung ihrer Geschäftsidee zu ermöglichen. Insbesondere die haftungsbeschränkte und zu-

nächst ohne Mindestkapital auskommende Unternehmungsgesellschaft (UG) könnte Existenzgründern den Einstieg in die Selbstständigkeit einfacher ermöglichen.

Tab. 25: Gründungsgeschehen von 2000 bis 2008 in Westdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	695.000	520.000	175.000
2001	639.000	545.000	94.000
2002	584.000	510.000	74.000
2003	640.000	520.000	120.000
2004	763.300	546.200	217.100
2005	730.200	554.700	175.500
2006	710.700	572.700	138.000
2007 Hj.	358.000	291.000	67.000
2007	691.000	572.000	119.000
2008 Hj. *)	335.200	281.200	54.000

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 26: Gründungsgeschehen von 2000 bis 2008 in Ostdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	137.000	109.000	28.000
2001	119.000	115.000	4.000
2002	136.000	127.000	9.000
2003	145.000	122.000	23.000
2004	197.200	131.500	65.700
2005	180.300	140.200	40.100
2006	171.100	137.500	33.600
2007 Hj.	83.600	70.000	13.600
2007	158.000	137.000	21.000
2008 Hj. *)	78.500	68.100	10.400

*) von Creditreform geschätzt

2.2 Parameter der Unternehmensfluktuation

2.2.1 Das branchenspezifische Gründungsklima

Die Bedingungen für die Neugründung eines Unternehmens werden von Creditreform anhand von vier Einflussfaktoren – Branchenkonjunktur, Finanzierungs- und Marktzugangsbedingungen sowie Insolvenzrisiko

– erfasst und branchenspezifisch untersucht. Mittels dieser vier Einflussgrößen lässt sich darauf schließen, in welchen Branchen das Gründungsklima und damit die Chancen für Neugründer zurzeit am besten sind. Dabei ist das branchenspezifische Gründungsklima wiederum wesentlich für die Gründungsquote – das heißt, die Anzahl der Neugründungen pro 10.000 Bestandsunternehmen – verantwortlich. Mit anderen Worten: Ein aktives Gründungsgeschehen deutet auf ein gutes Gründungsklima in der betreffenden Branche hin.

Tab. 27: Branchenspezifisches Gründungsklima ausgewählter Wirtschaftsbereiche im 1. Halbjahr 2008 *)

■	unternehmensnahe Dienstleister	Metall / Elektro	Großhandel	personenbez. Dienstleistungen	Verkehr und Logistik	Einzelhandel	Baugewerbe
Gründungsklima	7,2	7,1	6,1	4,8	4,2	3,8	2,4
Einflussfaktoren							
Branchenkonjunktur	9,0	10,0	5,0	3,0	6,0	1,0	0,0
Insolvenzrisiko	5,0	7,3	7,3	3,0	1,7	3,7	0,0
Finanzierungsbedingungen	7,5	9,0	4,8	2,8	1,8	3,3	1,0
Marktzugangsbedingungen	7,4	4,0	6,7	8,3	5,7	6,0	6,3

*) Creditreform Berechnungen.

Bewertungsskala: 10 = sehr gute Bedingungen für Unternehmensgründer; 0 = sehr schlechte Bedingungen für Unternehmensgründer.

Gute Gründungsbedingungen für Unternehmensdienstleister

Die Bedingungen für Unternehmensgründungen waren im ersten Halbjahr 2008 im Sektor der Unternehmensdienstleistungen am besten. Ebenfalls gute Startbedingungen findet man in der Metall- und Elektroindustrie. Auf einer Bewertungsskala von 0 bis 10 erhalten beide Wirtschaftsbereiche eine Punktzahl von mehr als sieben (7,2 bzw. 7,1). Dabei sind es vor allem die guten konjunkturellen Rahmenbedingungen in diesen Branchen, die das Gründungsklima aufhellen. Hinzu kommen das niedrige Insolvenzrisiko sowie die weiter-

hin recht guten Finanzierungsbedingungen in diesen Wirtschaftssegmenten.

Am schlechtesten wird das derzeitige Gründungsklima im Bausektor beurteilt. Eine hohe Ausfallrate und eine schwache Baukonjunktur vor allem im Wohnungsbau belasten die Bedingungen für Neugründer massiv. Einzig die Marktzugangshürden sind im Baugewerbe relativ niedrig, was sich in einem geringen Kapitalbedarf für Gründer und hohen Fluktuationsraten widerspiegelt. Im Einzelhandel sind die Startbedingungen für neue Unternehmen momentan mit ähnlichen Risikofaktoren wie im Bausektor behaftet.

Die hohe Gründungsintensität (Unternehmensgründungen je 10.000 bestehende Unternehmen) im Dienstleistungssektor spiegelt die guten branchenspezifischen Bedingungen für junge Unternehmen wider. Die traditionell hohen Gründungsquoten sind ein Zeichen für niedrige Markteintrittsschranken und geringen Kapitalbedarf für Gründer. Aktuell lassen sich pro 10.000 Bestandsunternehmen 410 Unternehmensdienstleister neu in das Handelsregister eintragen. Bei den personenbezogenen Dienstleistern liegt diese Quote mit 341 ähnlich hoch. Die zweithöchste Gründungsintensität weist mit 362 Neueintragungen je 10.000 Unternehmen der Verkehrs- und Logistiksektor auf, obwohl in diesem Wirtschaftszweig aktuell nur mittelmäßige Bedingungen für neue Unternehmen vorliegen.

Neugründer im Einzelhandel und Baugewerbe haben mit einer schwachen Branchenkonjunktur und einem hohen Insolvenzrisiko zu kämpfen. Dies beeinträchtigt das Gründungsklima und schlägt mit geringeren Gründungsintensitäten zu Buche. So wagen sich momentan lediglich 250 Einzelhändler und 254 Baubetriebe pro 10.000 Unternehmen in die Selbstständigkeit.

Der Trend zur Dienstleistung in der deutschen Volkswirtschaft schreitet weiter voran. Knapp 26 Prozent der 44.300 im ersten Halbjahr 2008 neu in das Handelsregister eingetragenen Unternehmen waren unternehmensnahe Dienstleister wie Berater, Gebäudereiniger

***Trend zur Dienstleistung
setzt sich fort***

oder Personalvermittler, gut jede zehnte Neugründung stammte aus dem Bereich der personenbezogenen Dienste. Damit liegt der Anteil des Dienstleistungssektors an Neugründungen erneut über dessen Anteil am gesamten Unternehmensbestand.

Tab. 28: Handelsregister-Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2008 *)

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	1.003	2,7	154	2,0	1.157	2,6
Verarbeitendes Gewerbe	1.873	5,1	479	6,2	2.352	5,3
Energie- u. Wasserversorgung	346	0,9	73	0,9	419	0,9
Baugewerbe	3.318	9,1	1.220	15,8	4.538	10,2
Kfz-Handel	1.429	3,9	378	4,9	1.807	4,1
Groß- u. Einzelhandel	6.316	17,2	1.216	15,8	7.532	17,0
Gastgewerbe	2.396	6,5	521	6,7	2.917	6,6
Verkehr u. Logistik	1.934	5,3	350	4,5	2.284	5,2
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	744	2,0	208	2,7	952	2,1
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen	2.549	7,0	634	8,2	3.183	7,2
Datenverarbeitung, F&E	972	2,7	212	2,7	1.184	2,6
unternehmensnahe Dienstleistungen (Beratung, Werbung, Gebäudereiniger etc.)	9.953	27,2	1.523	19,7	11.476	25,9
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	3.793	10,4	752	9,7	4.545	10,3
Gesamt	36.626	99,9	7.720	99,8	44.346	100,0

*) Creditreform Datenbank.

Viele Neugründungen gab es neben der Dienstleistungsbranche auch im Handel. Auf Groß- und Einzelhändler entfielen im ersten Halbjahr 17 Prozent aller Handelsregisterneueintragungen. Trotz der schwachen Baukonjunktur gibt es nach wie vor viele Neugründun-

gen im Bau- und Ausbaugewerbe zu verzeichnen. Deutschlandweit sind gut ein Zehntel der neu hinzugekommenen Unternehmen Baubetriebe. Sollte sich die konjunkturelle Entwicklung der Branche nicht nachhaltig verbessern, droht vielen neugegründeten Betrieben ein schnelles Ende. Dabei hat die Baubranche im Osten der Republik weiter ein deutlich höheres Gewicht. Fast jede sechste Neugründung (15,8 Prozent) war ein Unternehmen aus der Bauwirtschaft. Im Westteil Deutschlands liegt dieser Anteil bei lediglich 9,1 Prozent. Dagegen sind unternehmens- und konsumnahe Dienstleister in den ostdeutschen Bundesländern anteilmäßig schwächer vertreten als im Westen.

2.2.2 Beschäftigungsbeitrag von Neugründungen

Empirische Studien zeigen, dass gerade junge Firmen – sofern sie überleben – schneller wachsen als etablierte Unternehmen und überproportional viele Arbeitsplätze schaffen. Anders als durch die bloße Gewerbeanzeigenstatistik, lässt sich mittels der Eingrenzung auf wirtschaftsaktive Unternehmen der Beschäftigungsbeitrag der neu entstandenen Betriebe erfassen.

Überprüft man alle Neugründungen der ersten sechs Monate 2008 auf Wirtschaftsaktivität, können 67.000 Betriebe als tatsächlich wirtschaftsaktiv identifiziert werden. Das sind rund acht Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Nach wie vor entstehen die meisten wirtschaftsaktiven Neugründungen im Dienstleistungssektor. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe wagen wieder mehr Unternehmen den Start und entfalten eine wirtschaftliche Aktivität.

Anmerkung:

Zur Entscheidung, ob es sich bei einer Gründung – zumindest nach einiger Zeit – um ein wirtschaftsaktives Unternehmen handelt, wird hier darauf abgestellt, ob eine Wirtschaftsauskunft über die betroffene Gründung eingeholt worden ist – sei es von einem Finanzierungsinstitut, sei es von einem Lieferanten – oder, ob Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wenigstens eines dieser Kriterien muss erfüllt sein.

**Tab. 29: Wirtschaftsaktive Neugründungen in Deutschland
im 1. Halbjahr 2008 *)**

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	6.800 (5.000)
Baugewerbe	4.400 (5.000)
Handel	13.600 (14.000)
Dienstleistungen	42.200 (49.000)
Gesamt	67.000 (73.000)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Neue Jobs durch Gründungen

Die durch Neugründungen entstehenden Beschäftigungseffekte lassen sich quantifizieren, indem man die Anzahl neuer, wirtschaftsaktiver Unternehmen mit der Zahl durchschnittlich geschaffener Arbeitsplätze multipliziert. So beziffert Creditreform für das erste Halbjahr 2008 die Anzahl der durch Unternehmensgründungen neu entstandenen Arbeitsplätze auf rund 166.000. Einen ähnlichen Wert gab es im gleichen Zeitraum des Vorjahres zu verzeichnen.

Die Zahl der durchschnittlich neu geschaffenen Arbeitsplätze ist in den einzelnen Wirtschaftsbereichen jedoch unterschiedlich. So entstehen im Verarbeitenden Gewerbe pro Neugründung ca. fünf Beschäftigungsverhältnisse. Im Dienstleistungsbereich sind es dagegen lediglich zwei. Die höchste absolute Zahl an neuen Arbeitsplätzen durch wirtschaftsaktive Neugründungen verzeichnet der Dienstleistungssektor. Auf diesen Wirtschaftszweig entfällt rund die Hälfte der neu geschaffenen Stellen. Mehr Arbeitsplätze als zuletzt dürften vor allem im Verarbeitenden Gewerbe entstanden sein. Die schwache Baukonjunktur führte dagegen dazu, dass Neugründungen aus diesem Wirtschaftsbereich mit gut 13.000 die wenigsten Stellen schaffen konnten.

Tab. 30: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen im 1. Halbjahr 2008

■	Deutschland
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	3
Handel	2,5
Dienstleistungen	2

Quelle: Creditreform Datenbank; Creditreform Berechnungen.

Tab. 31: Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe im 1. Halbjahr 2008 *)

■	Zahl der Beschäftigten	
Verarb. Gewerbe	5 x 6.800	34.000 (25.000)
Baugewerbe	3 x 4.400	13.200 (15.000)
Handel	2,5 x 13.600	34.000 (28.000)
Dienstleistungen	2 x 42.200	84.400 (98.000)
Gesamt		165.600 (166.000)

*) von Creditreform geschätzt; Angaben teilweise gerundet; () = Vorjahr
Quelle: Creditreform Datenbank

2.2.3 Auswirkungen der Bankenkrise auf die Finanzierungsbedingungen junger Unternehmen

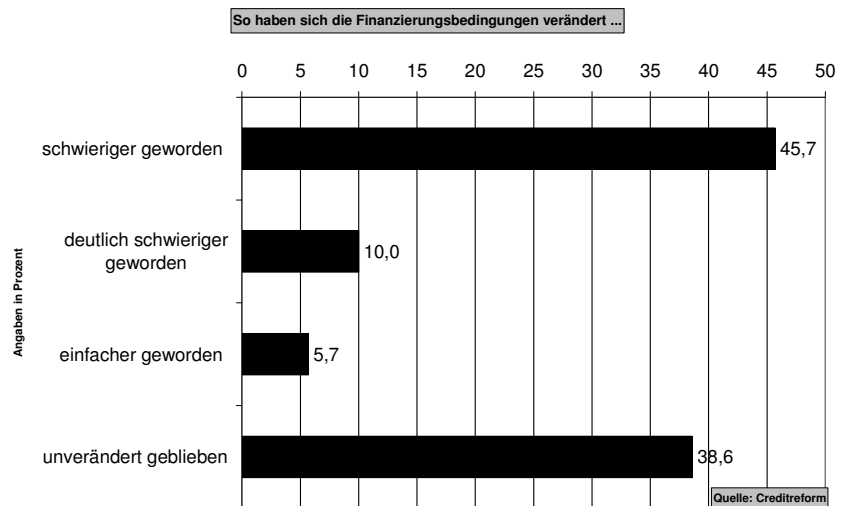
Damit junge Unternehmen und Neugründungen Investitionen und Wachstum finanzieren können, sind gerade sie – neben eigenen Mitteln – auch auf Fremdkapital angewiesen. Allerdings gestaltet sich die Außenfinanzierung durch steigende Kreditzinsen, höhere Risikoprämien für Unternehmensanleihen und eine aufmerksamere Kreditvergabepolitik der Banken zunehmend schwierig. Zwar lässt sich für die mittelständische Wirtschaft bislang keine Kreditrationierung feststellen. Allerdings spüren viele kleine und mittlere Unternehmen bereits erste Auswirkungen der im Frühsommer des vergangenen Jahres über das deutsche Kreditgewerbe hereingebrochenen Bankenkrise in Form sich verschärfender Kreditkonditionen.

Kreditkonditionen für Gründer verschärfen sich

Mit den Schieflagen der Düsseldorfer IKB, der Sachsen LB und milliardenschweren Abschreibungen und Wertberichtigungen wurden bei nicht wenigen Instituten Anpassungen notwendig. So mussten Banken ihr

Eigenkapital durch Kapitalerhöhungen stärken und zudem mehr Eigenmittel für die in den Büchern stehenden Kredite vorhalten. Der Ausweitung des Kreditgeschäfts war damit vorerst ein Riegel vorgeschoben.

Tab. 32: Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Finanzierungsbedingungen junger Unternehmen



Um die Wachstumspotenziale von Neugründungen auszuschöpfen, geht vieles nach wie vor über den Bankkredit. Die Umsetzung der Geschäftsidee und der Aufbau einer starken Marktposition erfordern damit einen gewissen Fremdfinanzierungsbedarf. Zwar wird in der Frühphasenfinanzierung auch häufig eigenes Kapital eingesetzt, doch auch die Bereitstellung von Risikokapital für Unternehmensgründer ist von den Verwerfungen an den Kapitalmärkten in Mitleidenschaft gezogen. Die Sonderauswertung der Creditreform Frühjahrsumfrage 2008 zeigt deutlich: Neu an den Start gehende Firmen sind von den Finanzmarkt-turbulenzen stark in Mitleidenschaft gezogen. So berichten knapp 56 Prozent, und damit mehr als jeder zweite neugegründete Betrieb, dass der Zugang zu Finanzmitteln im Vergleich zum Herbst 2007 schwieriger geworden ist. Über alle Altersklassen hinweg liegt dieser Anteil bei weniger als einem Drittel.

Bei der Frage nach den konkreten Folgen für die Unternehmensfinanzierung sind es vor allem zwei Punkte, die den Gründern Bauchschmerzen bereiten: Erstens müssen sie im Zuge der Finanzkrise höhere Kre-

ditzinsen verkräften. Nicht zuletzt dürfte dabei eine Rolle spielen, dass die Banken ihre Kunden verstärkt auf die Bonität hin abklopfen und für höhere Risiken eben höhere Kreditzinsen fällig werden. Das drückt auf die Kostenseite der jungen Unternehmen und macht ihre Investitionen unrentabler. Zweitens haben sich die Anforderungen der Banken an die bereitgestellten Sicherheiten deutlich verstärkt. Aber gerade die Marktneulinge haben hierbei Schwächen. Neben höheren Fremdkapitalkosten und gestiegenen Sicherheitsanforderungen rechnen die Start-ups mit einer intensiveren Prüfung des Darlehenswunschs seitens der Kreditgeber.

In der Frühphase gelten neue Unternehmen als besonders anfällig für externe Schocks wie Zahlungsausfälle, Nachfragerückgänge oder Verschärfungen der Finanzierungskonditionen. Die Ausfallraten sind gerade in den ersten Jahren sehr hoch. Wenn es um die möglichen Auswirkungen der Bankenkrise auf die eigenen Geschäfte geht, sind die Marktneulinge daher eher pessimistisch gestimmt. Die überwiegende Mehrheit der Betriebe (85 Prozent) befürchtet ein geringeres Wirtschaftswachstum und einen dementsprechend negativen Einfluss auf Nachfrage und Kapazitätsauslastung.

2.2.4 Exkurs: Frauen als Unternehmensgründer

Nach Angaben des KfW-Gründungsmonitors 2007 wagen zunehmend Frauen den Schritt in die Selbstständigkeit. Demnach waren 2006 im Vollerwerb bereits ein Drittel aller Gründerpersonen weiblich. Allerdings sind sie damit weiterhin deutlich unterrepräsentiert.

Diese Einschätzung bestätigt sich auch bei einer Analyse der geschäftsführenden Inhaber von neu gegründeten Unternehmen mit Hilfe der Creditreform Wirtschaftsdatenbank. So wiesen lediglich 21 Prozent der im ersten Halbjahr 2008 neu entstandenen Unternehmen einen weiblichen Geschäftsführer auf. Ein wesentlicher Grund dafür ist die generell niedrigere Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Gründer pessimistisch gestimmt

Frauen bei Neugründungen unterrepräsentiert

Bei der Entscheidung für die Branche gibt es einige Unterschiede zwischen Gründerinnen und Gründern. So sind weibliche geschäftsführende Gesellschafter weitaus häufiger in Einzelhandelsunternehmen (15,9 Prozent) sowie im Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen (9,9 Prozent) tätig. Dagegen sind Baubranche und auch Verarbeitendes Gewerbe nicht die typischen Domänen für Gründerinnen.

Tab. 33: Branchenstruktur bei weiblichen Gründern und allen Neugründungen im 1. Halbjahr 2008

■	Gründungen mit einem weiblichen Geschäftsführer	Branchenanteil an allen Gründungen
Verarbeitendes Gewerbe	6,7	7,4
Baugewerbe	5,8	6,6
Einzelhandel	15,9	9,6
Gastgewerbe	4,2	2,7
Unternehmensdienstleister	48,2	56,1
personenbezogene Dienstleistungen	9,9	7,1
übrige Branchen	9,3	10,5

Angaben in Prozent

Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank; Creditreform Berechnungen

Frauen gründen zudem häufiger kleinere Unternehmen. Während 5,4 Prozent aller im ersten Halbjahr 2008 neu entstandenen Unternehmen über mehr als zehn Beschäftigte verfügten, waren es bei Neugründungen mit einem weiblichen Geschäftsführer lediglich 4,8 Prozent. Diese Differenz ist jedoch – wenigstens zum Teil – auf die unterschiedliche Branchenstruktur bei Gründerinnen und Gründern zurückzuführen. Allerdings schaffen Frauen auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit häufiger mehr als nur einen Arbeitsplatz. So beschäftigt jedes zweite von Frauen gegründete Unternehmen (49,4 Prozent) zumindest zwei Arbeitnehmer. Über alle Neugründungen des 1. Halbjahres 2008 hinweg liegt dieser Anteil knapp fünf Prozentpunkte niedriger.

Gründerinnen schaffen Arbeitsplätze

2.3 Neueintragungen nach Bundesländern

Die Stadtstaaten Hamburg und Berlin haben die mit Abstand höchsten Gründungsintensitäten aller deutschen Bundesländer. In der Hansestadt lassen sich aktuell je 10.000 Unternehmen 505 Firmen neu in das Handelsregister eintragen. Die Bundeshauptstadt verzeichnet eine Quote von immerhin noch 417 Neueintragungen pro 10.000 Unternehmen. Allerdings ging die Gründungsneigung in beiden Bundesländern gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück. Diese Entwicklung liegt aber im bundesweiten Trend. So hat die Gründungsintensität in der Bundesrepublik insgesamt sichtlich nachgelassen. Wurden im Vorjahr noch 316 Unternehmen je 10.000 Bestandsunternehmen neu ins Handelsregister eingetragen, sind es 2008 nur noch 286.

Die wenigsten Neugründungen pro 10.000 Unternehmen gibt es im Moment in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg. Hier betragen die Gründungsintensitäten weniger als die Hälfte derjenigen des Spitzenreiters.

Wie bereits im Vorjahr schaffte keines der ostdeutschen Länder den Sprung über den Bundesdurchschnitt. Allerdings verzeichneten die fünf Bundesländer im Osten Deutschlands allesamt einen leichten Zuwachs der Gründungsquote. Das größte Plus gab es in Thüringen, das mit 261 Handelsregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen nunmehr auf dem zehnten Rang landet.

Bei der Analyse der Gründungsaktivität auf Basis der Handelsregisterneueintragungen je 10.000 bestehender Unternehmen muss berücksichtigt werden, dass diese Verhältniszahl umso größer ist, je weniger Betriebe im betreffenden Bundesland im Handelsregister registriert sind. Sind bereits viele Unternehmen vorhanden, dann muss die Zahl der Neugründungen entsprechend hoch sein, um eine hohe Gründungsaktivität zu erreichen.

Hohe Gründungsintensität in Stadtstaaten

Tab. 34: Handelsregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen nach Bundesländern im 1. Halbjahr 2008

■	Neueintragungen
Hamburg	505
Berlin	417
Niedersachsen	342
Nordrhein-Westfalen	331
Saarland	296
Bayern	285
Mecklenburg-Vorpommern	283
Bremen	266
Hessen	261
Thüringen	261
Sachsen	259
Rheinland-Pfalz	238
Schleswig-Holstein	233
Brandenburg	232
Sachsen-Anhalt	227
Baden-Württemberg	226
Gesamt	286

Betrachtet man die Neugründungen nach Bundesländern in absoluten Zahlen, liegen traditionell die großen und wirtschaftsstarken Flächenländer wie Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg vorne. So wurden in den ersten sechs Monaten 2008 allein in Nordrhein-Westfalen 10.680 Unternehmen (Vorjahr: 11.354) neu in das Handelsregister aufgenommen. Das ist knapp ein Viertel aller Handelsregisterneueintragungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die großen Drei (NRW, Bayern, Baden-Württemberg) haben jedoch wie fast alle westlichen Bundesländer einen Rückgang der Gründungszahlen zu verzeichnen. Besonders stark ausgeprägt ist die Abnahme in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Im Vergleich zum Vorjahrszeitraum verzeichnen diese Bundesländer mehr als 20 Prozent weniger Handelsregisterneueintragungen. Ähnlich hoch ist der Einbruch bei den Gründungszahlen auch in Hessen. Auf der anderen Seite konnten die „kleinen“ Länder – vor allem im Osten Deutschlands – leicht zulegen.

Tab. 35: Unternehmensneueintragungen und -löschungen nach Bundesländern für das 1. Halbjahr 2008 *)

■	Neueintragungen	Löschungen	Saldo
Baden-Württemberg	4.739	3.822	917
Bayern	7.708	4.710	2.998
Berlin	2.486	1.986	500
Brandenburg	958	786	172
Bremen	295	462	- 167
Hamburg	2.052	1.404	648
Hessen	3.145	3.012	133
Mecklenburg-Vorp.	732	702	30
Niedersachsen	4.468	3.372	1.096
Nordrhein-Westfalen	10.680	7.212	3.468
Rheinland-Pfalz	1.822	1.176	646
Saarland	512	408	104
Sachsen	1.814	1.770	44
Sachsen-Anhalt	758	642	116
Schleswig-Holstein	1.206	990	216
Thüringen	971	1.236	- 265
Deutschl. Gesamt	44.346	33.690	10.656

Unternehmensbestand wächst

*) Creditreform Datenbank

In den ersten sechs Monaten 2008 wurden deutschlandweit gut 33.700 Löschungen aus dem Handelsregister vorgenommen. Diese Zahl liegt leicht über dem Vorjahresniveau, als 32.900 Unternehmen aus dem Register gestrichen wurden. Trotz der vorgenommenen Löschungen wächst in beinahe allen Bundesländern der Unternehmensbestand weiter. So kamen in der gesamten Bundesrepublik im ersten Halbjahr per Saldo knapp 10.700 neue Unternehmen hinzu, deren Rechtsform auf eine echte wirtschaftliche Aktivität schließen lässt. Den per Saldo größten Zuwachs gab es in NRW und Bayern zu verzeichnen, wo der Grundstock an Unternehmen um rund 3.500 bzw. knapp 3.000 anstieg. Ein leichtes Minus mussten lediglich Bremen und Thüringen hinnehmen. Dieses Resultat könnte allerdings mit unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten und der Einbeziehung von bereits angekündigten, aber noch nicht vollzogenen Löschungen zusammenhängen und sollte deshalb nicht überbewertet werden.

Erläuterungen:

Das Gründungsgeschehen in der Bundesrepublik wird in der Creditreform Analyse „Insolvenzen, Neugründungen und Löschungen“ anhand der Gewerbemeldungen und der Handelsregistereintragungen abgebildet. Dabei gilt als Gewerbe jede (erlaubte) selbstständige Tätigkeit, die langfristig ausgelegt ist und der Gewinnerzielung dient. Das Gewerberegister erfasst im Gegensatz zum Handelsregister, das ein Unternehmensregister ist, natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften. So werden Kleinunternehmen (Nicht-Kaufmann) nicht im Handelsregister, wohl aber im Gewerberegister als Gewerbetreibende eingetragen, selbst wenn diese Person keine Handwerkskarte besitzt und keinen Arbeitnehmer beschäftigt. Maßgeblich ist hierbei lediglich die Gewerbeanzeige, die zudem für jeden geschäftsführenden Gesellschafter getrennt abgeben werden muss. Im Fall einer Personengesellschaft kommt es somit zur sogenannten Team-Gründer-Problematik (Vermischung von Gründern und Gründung).

Neben den Vollerwerbsgründungen werden im Gewerberegister auch Nebenerwerbsgründungen berücksichtigt (Verhältnis etwa 40:60). Darüber hinaus finden Umwandlungen, also die Verschmelzung, Aufspaltung oder Ausgliederung von Unternehmen Eingang in das Gewerberegister. Nicht meldepflichtig und daher nicht in der Gewerbestatistik vertreten sind hingegen die Freien Berufe, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Versicherungen.

Als Anmeldung gilt der Beginn des Gewerbebetriebs, sei es selbstständiger Art oder als Zweigniederlassung. Ebenfalls gilt die Anzeigepflicht, wenn der Betrieb verlegt oder aufgegeben wird bzw. wenn der Gegenstand des Gewerbes wechselt. Die Anmeldung eines Gewerbes erfolgt im Wesentlichen bei Neugründung, Wiedereröffnung nach Sitzverlegung, Wechsel der Rechtsform, Gesellschaftereintritt oder Übernahme durch Kauf bzw. Erbfolge. Ein Gewerbe wird abgemeldet bei vollständiger Aufgabe des Betriebs, Sitzverlegung in einen anderen Meldebezirk, Rechtsformänderung, Gesellschafteraustritt oder Verkauf bzw. Erbfol-

ge. Infolge einer Sitzverlegung (Zuzug oder Fortzug) dürfte der Saldo aus An- und Abmeldung in den beteiligten Meldebezirken Null ergeben. Das Gleiche gilt beim Wechsel der Rechtsform, dem Kauf bzw. Verkauf des Gewerbebetriebs.

Die Handelsregisterneueintragungen und -löschungen werden aus der Creditreform Wirtschaftsdatenbank gewonnen. Erfasst werden hierbei rechtlich selbstständige Unternehmen, wobei ein solches einen oder mehrere Betriebe umfassen kann. Jedes recherchierte Unternehmen wird mit einer eindeutigen Unternehmensnummer versehen und in der Creditreform Datenbank gespeichert. Dabei kann es zu Mehrfacherfassungen und verzögerten Erfassungen von Unternehmen kommen. Man kann davon ausgehen, dass bis zu zehn Prozent der Unternehmen zunächst mehrfach erfasst worden sind. Eine Berichtigung findet fortlaufend statt. Der Handelsregistereintrag erfolgt zum einen für Personengesellschaften, Einzelunternehmen (Einzelkaufleute), Offene Handelsgesellschaften (OHG) sowie Kommanditgesellschaften; zum anderen für Kapitalgesellschaften (AG, GmbH). Nicht im Handelsregister eingetragen werden dagegen die Freien Berufe sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft.

Da „Wirtschaftsaktivität“ ein zentrales Selektionskriterium der Creditreform Datenbank darstellt, können Nebenerwerbsgründungen sowie Kleinstgründungen und solche mit geringer Wirtschaftsaktivität als untererfasst bezeichnet werden. Letztere umfassen etwa ein Zehntel aller Anmeldungen und dienen ausschließlich der Erlangung eines Gewerbescheins, ohne dass echte wirtschaftliche Aktivität stattfindet.

■ 3 Zusammenfassung

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen beträgt im ersten Halbjahr 2008 14.400 Fälle. Das entspricht einem Rückgang von 5,1 Prozent im Jahresverlauf (1. Halbjahr 2007: 15.180). Insgesamt befassten sich die Gerichte in Deutschland im ersten Halbjahr 2008 mit 76.700 Insolvenzfällen. Dies ist ein Rückgang von 7,5 Prozent im Vergleich zum letzten Jahr. Auch die

Verbraucherinsolvenzen verzeichnen im ersten Halbjahr 2008 – zum ersten Mal seit Einführung der neuen Insolvenzordnung – eine Abnahme: Um 7,2 Prozent auf 48.350 Privatpersonen gingen die Fälle zurück (Vorjahr: 52.120). Die „sonstigen“ Insolvenzen (überschuldete Nachlässe, Insolvenzen von ehemals selbstständig Tätigen und Gesellschaftern) reduzieren sich im Jahresverlauf um 10,6 Prozent auf 13.950 Fälle.

In Westdeutschland nehmen die Unternehmensinsolvenzen nicht so stark ab wie in Ostdeutschland. Während sich im Westen die Konkurse von Betrieben um 2,7 Prozent auf 11.350 Fälle reduzieren (Vorjahr: 11.660), gehen die Insolvenzen im Osten um 13,4 Prozent auf 3.050 betroffene Unternehmen (Vorjahr: 3.520) zurück.

Auch bei den Rückgängen der Verbraucherinsolvenzen zeigen die neuen Bundesländer einen deutlich stärkeren Trend zur Abnahme als die alten: So sanken die Insolvenzen von Privatpersonen im Osten um 14,9 Prozent auf 11.950 Fälle (1. Halbjahr 2007: 14.040), während im Westen nur ein leichter Rückgang um 4,4 Prozent auf 36.400 (1. Halbjahr 2007: 38.080) Fälle zu registrieren ist. Verantwortlich für den erstmaligen Rückgang der Verbraucherinsolvenzen seit Einführung der Insolvenzordnung ist nach Ansicht von Experten weniger eine Verbesserung der Situation der Überschuldeten in Deutschland als vielmehr die Kürzung der Beratungsmittel von Seiten der Gerichte.

Der Schaden durch die Unternehmensinsolvenzen beläuft sich für das erste Halbjahr 2008 auf insgesamt 15,3 Milliarden Euro und beträgt damit 0,9 Milliarden Euro weniger als noch vor einem Jahr. Davon entfällt der Löwenanteil – nämlich 10,2 Milliarden – auf private Gläubiger; der öffentlichen Hand fehlen insgesamt 5,1 Milliarden Euro durch Insolvenzausfälle. Die durchschnittliche nicht einbringliche Forderungssumme pro Unternehmensinsolvenz beträgt für das erste Halbjahr 2008 708.000 Euro – im vergangenen Jahr waren es noch 711.000 Euro, die pro Insolvenz offen blieben.

Die insolvenzbedingt drohenden Arbeitsplatzverluste verringerten sich parallel zur Abnahme der Unternehmensinsolvenzen um 12,5 Prozent und belaufen sich für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres auf 164.500 Betroffene (Vorjahr: 188.000).

Am deutlichsten abgenommen haben die Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe: Um 25,0 Prozent auf 1.170 betroffene Betriebe (Vorjahr: 1.560) haben die Konkurse im Jahresverlauf abgenommen. Der Handel hingegen verzeichnete einen Anstieg der Insolvenzen um 2,7 Prozent auf 3.410 betroffene Unternehmen (Vorjahr: 3.320).

Bei den Rechtsformen dominieren nach wie vor die Kleingewerbetreibenden, obwohl ihr Anteil binnen Jahresfrist von 55,5 Prozent auf 53,2 Prozent abnahm. Die Konkurse der GmbH legten hingegen zu, und zwar von 30,6 auf 32,8 Prozent. Mehr als jeder vierte insolvente Betrieb setzt weniger als 100.000 Euro im Jahr um. Ein weiteres Viertel (23,4 Prozent; Vorjahr: 23,9 Prozent) fällt in die Umsatzklasse zwischen 100.000 und 250.000 Euro. Ein Drittel (34,0 Prozent; Vorjahr: 34,0 Prozent) der Insolvenzen stellen Unternehmen, die nicht älter als vier Jahre sind. Die Zahl der insolventen Betriebe, die schon mehr als zehn Jahre am Markt agieren, nahm im Jahresverlauf leicht um 0,5 Prozentpunkte auf 34,6 Prozent ab.

Der Creditreform-Risiko-Indikator (CRI) misst die Insolvenzwahrscheinlichkeit von Unternehmen in einem bestimmten Kreis oder in einer kreisfreien Stadt. Er wird errechnet, indem man die Zahl der Unternehmen mit Negativmerkmalen (etwa Insolvenzverfahren oder Eidesstattliche Versicherungen) durch die Zahl der Unternehmen einer Region teilt. Die Auswertung für das Gesamtjahr 2007 ergab, dass die Unternehmen im Kreis München mit einem CRI von 0,91 am wenigsten insolvenzgefährdet sind. Auf Platz zwei und drei folgen die Kreise Rottal-Inn und der Ostalbkreis. Dagegen liegt der CRI von Osterode im Harz bei 3,80 und markiert damit den Kreis mit der höchsten Insolvenzfähigung. Den vorletzten Platz belegt die Stadt Herne mit einem CRI von 3,74 Prozent.

Auch in der ersten Hälfte des Jahres 2008 beschäftigten einige spektakuläre Insolvenzen die Medien, allen voran die Pleite der PIN Group AG. Auch die Insolvenz des Küchenherstellers Astroh brachte Ungemach nicht bloß über die 750 betroffenen Angestellten, sondern auch die Gläubiger, die für ihre Küchen in Vorleistung gegangen waren. Ebenfalls mehr als 500 Arbeitnehmer sind von den Niedergängen der Multi-Media Pro-Markt Handels GmbH, des Speditionsunternehmens RicÖ und dem Bekleidungshersteller Lucia betroffen.

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres wurden deutschlandweit 413.700 Gewerbebeanmeldungen registriert, das entspricht einem Rückgang um knapp 28.000 Betriebe oder 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Abmeldungen sank ebenfalls – allerdings lediglich um gut drei Prozent auf 349.300. Die deutliche Abnahme der Neuanmeldungen ist im Wesentlichen der guten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt geschuldet.

Im Gleichschritt mit der sinkenden Zahl der Gewerbebeanmeldungen sind in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres auch die Handelsregistereinträge rückläufig. So ließen sich 44.300 (Vorjahr: 50.500) Unternehmen in das Handelsregister eintragen, deren Rechtsform auf eine größere Wirtschaftsaktivität schließen lässt. Am gründungstärksten war hierbei erneut der Dienstleistungssektor mit einem Anteil von gut 36 Prozent aller Handelsregisterneueintragen. Insgesamt identifiziert die Creditreform Wirtschaftsforschung im ersten Halbjahr 67.000 wirtschaftsaktive Neugründungen. Dabei sind etwa 166.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Die aktuellen Verschärfungen der Finanzierungsbedingungen treffen neu gegründete Unternehmen: Für 55,7 Prozent der jungen Unternehmen ist es schwieriger geworden, Investitionskapital zu erhalten. Höhere Fremdkapitalkosten und die gestiegenen Sicherheitsbedürfnisse der Gläubiger machen das Wachstum für Gründer teurer.

Nur 21 Prozent der neu gegründeten Unternehmen werden von einem weiblichen geschäftsführenden Gesellschafter geleitet. Deutlich aktiver als ihre männlichen Kollegen sind Gründerinnen im Einzelhandel (15,9 Prozent gegenüber 9,6 Prozent bei allen Gründungen) sowie im Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen (9,9 Prozent vs. 7,1 Prozent). Jedes zweite (49,4 Prozent) von einer Frau gegründete Unternehmen beschäftigt zumindest zwei Arbeitnehmer. Über alle Gründungen hinweg liegt dieser Anteil fünf Prozentpunkte niedriger.

■ 4 **Anhang: Branchenspezifisches Gründungsklima**

Die Startbedingungen für Neugründer bestimmen im Wesentlichen die Gründungsquoten in einer Branche (Unternehmensgründungen je 10.000 aktive Unternehmen). Dabei lassen sich vier wichtige Einflussfaktoren auf das branchenspezifische Gründungsklima identifizieren. Diese sind: die aktuelle Konjunkturlage, die Finanzierungsbedingungen, die Höhe der Markteintrittsbarrieren und das Risiko, mit der Neugründung zu scheitern (Insolvenzrisiko). Mit unterschiedlichen Gewichtungen versehen, werden diese Einzelfaktoren anhand einer Punkteskala von 0 bis 10 Punkten bewertet und zu einem Gesamtscore zusammengefasst.

Die aktuelle Konjunkturlage in einer Branche wird mit Hilfe des Creditreform Geschäftsklimaindex abgebildet, der für den Creditreform Wirtschaftsindikator aus Unternehmensbefragungen ermittelt wird. Dazu werden die Beurteilungen der Unternehmen hinsichtlich Geschäftslage und -erwartungen zu einem Index verdichtet.

Neben den Fremdkapitalkosten beeinflussen auch weitere Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung das Gründungsklima in einer Branche. Aus diesem Grund werden die Finanzierungsbedingungen als zweiter wesentlicher Faktor für die Gründungsbedingungen identifiziert. Zwar haben viele Gründer lediglich einen Finanzierungsbedarf von wenigen tausend Euro

(Mikrofinanzierung). Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass die überproportional hohe Gründungszahl im Dienstleistungssektor dieses Bild verzerrt. Zur Neugründung eines Unternehmens wird nach wie vor in vielen Fällen Startkapital benötigt, um betriebsnotwendige Vermögensgegenstände zu erwerben, anzumieten etc. Neben den langfristigen Kreditzinsen spielen branchenspezifische Variablen für die Finanzierungsbedingungen eine wichtige Rolle. So die Branchenbonität, die maßgeblich die Höhe der Fremdkapitalkosten mitbestimmt. Diese Kennzahl wird mittels des Creditreform Bonitätsindex gemessen.

Ein hohes Risiko, mit einer Existenzgründung zu scheitern, hält viele potenzielle Gründer davon ab, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Die aktuelle Insolvenzquote in der Branche liefert wichtige Hinweise auf existierende Risiken für Neugründungen. So bildet der Creditreform Risiko Indikator (CRI) die Insolvenzanfälligkeit einer Branche ab. Weiterhin fließen Informationen zum Zahlungsverhalten aus dem Creditreform Zahlungserfahrungs-Pool (ZaC) und Befragungsergebnisse zum Kundenzahlungsverhalten mit in die Berechnung des branchenspezifischen Gründungsklimas ein.

Schließlich bestimmen strukturelle Marktzugangsbedingungen die Einfachheit oder Schwere eines Markteintritts. Falls hohe Hürden existieren, wird eine Neugründung eher ausbleiben. Solche Markteintrittsschranken sind beispielsweise der erforderliche Kapitalbedarf zur Finanzierung von betriebsnotwendigem Anlagevermögen. Als Annäherung an die Höhe dieses Kapitalbedarfs werden Bilanzdaten herangezogen, die Auskunft über das Produktivkapital eines Unternehmens geben. Bei kleineren Betrieben (bis maximal zehn Beschäftigten) lässt sich mittels der Höhe dieses Vermögens der wahrscheinliche Kapitalbedarf eines Branchenneulings abschätzen. Dabei wirkt ein hoher Kapitalbedarf als Markteintrittsbarriere und erschwert Gründungen. Zusätzlich verrät ein Blick auf die Altersstruktur der Branche eventuell vorhandene Schwierigkeiten für junge Unternehmen beim Markteintritt. Ist der Anteil junger Betriebe in der Branche hoch, deutet

das auf einen relativ einfachen Zugang in den Markt und eine aktuell vitale Gründungsintensität hin.

Branchenspezifisches Gründungsklima Frühjahr 2008

Einflussfaktoren	Ge- wich- tung	Gesamt- wirtschaft	Bauge- werbe	Chemie / Kunststoff	Einzel- handel	Groß- handel	Grund- stoffe	Konsum- güter	perso- nenbezo- gene DL	Metall / Elektro	unter- nehmens- nahe DL	Verkehr / Logistik	
Gründungsklima		4,9	2,4	5,6	3,8	6,1	3,4	5,3	4,8	7,1	7,2	4,2	
Gründungsquote (Gründungen je 10.000 Unternehmen)		311	254	275	250	274	214	170	341	249	410	362	
Konjunktur	Geschäftsklima	22,8	1,8	30,8	8,1	23,6	17,7	28,4	19,4	35,3	31,7	25,1	
	Konjunktur	0,25	4,0	0	8,0	1,0	5,0	2,0	7,0	3,0	10,0	9,0	6,0
Finanzierungs- bedingungen	Bonität	259	262	242	256	256	251	248	261	251	260	262	
	Bewertung	1,00	1,05	0,76	0,95	0,95	0,88	0,84	1,03	0,88	1,02	1,05	
	gewichtete langfristige Zinsen (durchschn.)	5,19	5,43	3,96	4,95	4,95	4,58	4,36	5,35	4,58	5,27	5,43	
	Bewertung	4,0	0	10,0	5,0	6,0	7,0	9,0	2,0	8,0	3,0	1,0	
	Finanzierungs- probleme	21,5	31,6	28,6	30,6	9,8	19,5	24,4	23,1	22,1	15,6	28,3	
	Bewertung	7,0	0	2,0	1,0	10,0	8,0	4,0	5,0	6,0	9,0	3,0	
	Finanzierungs- bedingungen	0,30	5,0	0	7,3	3,7	7,3	7,3	3,0	7,3	5,0	1,7	
Insolvenzrisiko	Insolvenzquote	2,09	2,74	1,23	2,39	2,12	1,63	1,77	2,47	1,49	1,62	3,30	
	Bewertung	5,0	1,0	10,0	3,0	4,0	7,0	6,0	2,0	9,0	8,0	0	
	Zahlungsverhalten der Kunden	40,6	28,2	33,1	34,2	35,4	41,0	49,6	41,2	48,0	46,7	45,7	
	Bewertung	4,0	0	1,0	2,0	3,0	5,0	10,0	6,0	9,0	8,0	7,0	
	Zahlungsverhalten der Branche	12,90	13,91	11,25	12,59	12,15	12,79	12,47	14,15	11,91	12,53	15,15	
	Bewertung	3,0	2,0	10,0	5,0	8,0	4,0	7,0	1,0	9,0	6,0	0	
	Insolvenzrisiko	0,15	4,3	1,0	7,8	3,3	4,8	5,8	7,3	2,8	9,0	7,5	1,8
Marktzugangs- bedingungen	Altersstruktur*	55,3	66,9	70,9	67,1	62,0	72,7	74,2	48,8	70,2	45,7	56,0	
	Bewertung	8,0	5,0	2,0	4,0	6,0	1,0	0	9,0	3,0	10,0	7,0	
	Finanzbedarf** (Tsd. €)	91	52	196	45	59	335	88	65	80	159	139	
	Bewertung	4,0	9,0	1,0	10,0	8,0	0	5,0	7,0	6,0	2,0	3,0	
	Marktzugangs- bedingungen	0,35	5,7	6,3	1,7	6,0	6,7	0,7	1,7	8,3	4,0	7,4	5,7

* Anteil der Unternehmen >=10 Jahre

** Schätzung anhand des Median des Anlagevermögens von kleinen Unternehmen (1-10 Beschäftigte und bis zu 2 Mio. Jahresumsatz).

Neuss, 26. Juni 2008

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Redaktion: Anne Sahm, Telefon: (02131) 109-229

Dr. Hardy Gude, Telefon: (02131) 109-172

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2008, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.